Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra.
Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 71 | **Donnerstag den 8. April 1920** | **46. Jahrg.**

Katastrophenpolitik.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Entwickelung, die die Dinge im Ruhrgebiet genommen haben, der Presse der Rechten äußerst gelegen kommen. Nach der Auffassung dieser Herrschaften sind sie, wenn man sie nur groß genug aufmacht, ein vortreffliches Mittel, um die Aufmerksamkeit von dem Kapp-Putsch und von den Enthüllungen abzulenken, die immer wieder in neuer Form zeigen, welche zweideutige, oder man müßte schon richtiger sagen eindeutige Stellung die Parteien der Rechten zu dem Staatsstreich der Kapp und Genossen eingenommen haben. Es ist zu verstehen, daß es diesen Herren unbequem ist, wenn jetzt wieder ein Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei bekannt wird, in dem sich diese Partei ganz eindeutig hinter die sogenannte Kapp-Regierung stellt. Dieses Flugblatt, das durch den Generalstreik nicht mehr ausgedruckt werden konnte, beweist ja durchaus nichts Neues. Gerade die letzten Tage haben eine Fülle von Material erbracht, das ganz einwandfrei beweist, wie sehr weite Teile der Rechtsparteien mit diesem Staatsstreich einverstanden waren, und in welch weitgehendem Maße sie den Putschisten Beihilfe geleistet haben. Das sind Dinge, die man nicht durch ein paar Erklärungen im Parlament, durch Abgeordnete, die in ihrer Stellungnahme vorsichtiger waren, wegleugnen lassen kann. Sie sind so unbequem, daß man danach trachten muß, die Aufmerksamkeit von diesen Dingen abzulenken, und die Lage im Ruhrgebiet scheint nun das hierfür geeignete Thema zu sein.

Hinzu kommt noch, daß man hier wieder einmal so prächtig mit dem Schreckgespenst für politische Kinder, dem Bolschewismus, anreiten kann. Wer die Blätter der Rechten verfolgt, weiß, welche Mühe man sich gibt, um eine Parole zu finden, die die parteiagitatorischen Absichten nicht so klar durchschauen läßt. Nachdem das Schreckgespenst der Sozialdemokratie, das man in früheren Jahrzehnten an die Wand zu malen pflegte, absolut unwirksam geworden ist, hat man jetzt den Ersatz im Bolschewismus gefunden. Dabei ist es nicht uninteressant, daß selbst ein Blatt der äußersten Rechten, die „Kreuz-Zeitung“, zugeben muß, daß die Sowjetregierung nicht eben übermäßig stark sei und daß Europa von dem russischen Bolschewismus jetzt kaum irgendeine Gefahr drohe. Das hindert die Herren natürlich nicht, immer wieder zur Bildung einer nationalen Einheitsfront gegen den Bolschewismus aufzufordern, in der Hoffnung daß einige von denen, die nie alle werden, doch noch wieder auf diesen Rummel hereinfallen. Zweifellos wissen auch die Herren der Rechten ganz genau, daß nicht alles das, was Deutschland jetzt in Aufregung versetzt, Bolschewismus ist. Wenn in Sachsen ein Bandenführer mit seinen 100 Mann eine mittlere Stadt besetzt und dort Geld erpreßt, oder wenn irgendwo in dem Industriegebiet geraubt und geplündert wird, so hat das mit Bolschewismus nichts mehr zu tun, wie es denn überhaupt außerhalb jeder Politik steht.

Die ungemein bedauerlichen Vorgänge, die Plünderungen und Erpressungen, die uns jetzt täglich der Draht aus dem Ruhrgebiet meldet, können nur als gemeine Verbrechen, nicht aber irgendwie als politische Aktionen gewertet werden. Ganz anders lagen die Dinge zuerst nach dem Kapp-Putsch. Es mag sein, daß im Ruhrgebiet Vorbereitungen für einen Umsturz von links betrieben worden sind. Sie sind aber für die jetzigen Vorgänge keinesfalls entscheidend gewesen. Entgegen aller Legendenbildung muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Bewegung im Ruhrgebiet durch den Putsch vom 13. März ausgelöst ist. Es wäre niemals den radikalen Elementen gelungen, eine so große und so einheitliche Bewegung zustande zu bringen, wenn nicht die Reaktion ihnen so hilfreiche Dienste geleistet hätte. Man darf bei den ganzen Vorgängen und bei den Kämpfen gegen die Reichswehr, die sich hier abspielten und mit einer kläglichen Niederlage der Truppen endeten, niemals vergessen, daß gerade hier mit die reaktionärsten Teile der Noskeschen Heeresmacht, es seien nur genannt das Korps Lichtschlag und das Korps Lützow, zusammengezogen waren, die sich, ohne mit der Wimper zu zucken, hinter die Putschisten stellten, und denen wohl die Aufgabe zugedacht war, dies Gebiet für die Herren Kapp und Konsorten zu erobern.

Der Verlauf der Dinge ist nun nicht unähnlich dem Verlauf der Streikbewegung in Berlin. Zunächst handelte es sich nur darum, die Verfassung wieder herzustellen und der Reaktion den Todesstoß zu versetzen. Das geht am besten daraus hervor, daß an diesen Kämpfen nicht etwa nur Mitglieder der sozialistischen Parteien, sondern auch christliche Arbeiter und Demokraten teilgenommen haben. Wie bei dem Berliner Generalstreik hat man sich denn auch hier die ja eigentlich selbstverständliche Pflicht der Verteidigung der Verfassung teuer bezahlen lassen. Das beweist das Gegenstück zu den Berliner 8 Punkten, das Bielefelder Übereinkommen. Es würde zu weit führen, hier die verschiedenen Phasen der Entwickelung im einzelnen weiter zu verfolgen. Ganz zweifellos war aber der Höhepunkt der Krise überwunden, als es gelang, mit den Führern der Bewegung ein Übereinkommen abzuschließen. Von diesem Augenblick ab bestand, wie es in der amtlichen Erklärung heißt, eine politische, den Bestand der Republik und des deutschen Volkes bedrohende Bewegung dort nicht mehr. Man wird es als höchst erfreulich bezeichnen müssen, daß es gelang, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu kommen, wenn auch dadurch am Schluß des 6. Kriegsjahres deutschen Offizieren nicht die Gelegenheit geboten wurde, Siege zu erringen.

Als sich freilich die Dinge so weiter entwickelten, daß einzelne Banden die Verwaltung der Städte lahm legten, plünderten und raubten, blieb der Regierung natürlich nichts weiter übrig, als Truppen einmarschieren zu lassen, wohlgemerkt, aber nur als Polizeiaktion. Wenn man auch hiermit gezögert hat, so ist das dadurch zu erklären, daß man an den amtlichen Stellen wohl weiß, welches Mißtrauen noch heute im Industriegebiet gegen die Reichswehr besteht. Daß mit solchen Banden schnell und energisch aufgeräumt werden muß, bedarf wohl keiner besonderen Erwägung, darüber ist man sich ja auch in den Kreisen der U. S. P. D. klar. Man kann nur hoffen, daß diese Aktion mit der nötigen Umsicht durchgeführt wird und daß alles dabei vermieden wird, was neue Beunruhigungen schaffen könnte.

Würde man freilich in der Presse der Rechten die Dinge so darstellen, so würde man zwar der Regierung die Lage erleichtern und damit für eine Beunruhigung im ganzen Lande arbeiten. Da das aber keineswegs im Interesse der Herrschaften liegt, so benutzt man lieber das durch den Kapp-Putsch entstandene Feuerchen, um sein Parteisüppchen daran zu kochen. Darum erscheint es diesen Herrschaften richtiger, dauernd die drohende bolschewistische Katastrophe an die Wand zu malen, in der Hoffnung, daß dadurch, nachdem das deutsche Volk gesehen hat, wie die Rechte mit den Hochverrätern zusammen arbeitete, doch noch einige Stimmen für die Rechte abfallen. W. A.

Der französische Kriegsbericht über die Besetzung.

Paris, 7. April. (WTB.) Ein hier veröffentlichter Bericht lautet wie folgt: Die gegen Frankfurt und Darmstadt eingeleiteten militärischen Operationen sind durchgeführt. Die daran beteiligten Truppen des 30. Armeekorps begegneten keinem Widerstand. Um 11 Uhr vormittags war die Einkreisung der beiden Städte und die Besetzung der wichtigsten Punkte an deren Pheripherie vollzogen. Am Nachmittag besetzte unsere Kavallerie Hanau, das vorher von den deutschen Truppen geräumt worden war. Ein Bataillon deutscher Sicherheitswehr wurde in Frankfurt in der Kaserne überrascht und entwaffnet. — Über die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt berichtet die französische Havas-Agentur folgende Einzelheiten: Am Montagmorgen um 5,30 Uhr sind die französischen Tanks in die Stadt Frankfurt eingerückt, ihnen folgte ein Schützenbataillon und eine Kompagnie Genietruppen, die sofort die wichtigsten Punkte, den Bahnhof, die Kaserne am Bahnhof, das Polizeipräsidium, das Post- und Telegraphenamt und die Hauptzugänge der Stadt besetzten. In den Straßen herrscht absolute Ruhe, es ist nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Man rechnet mit einem alsbaldigen Wiederherstellen des normalen Zustandes. Auch in Darmstadt haben sich die beabsichtigten Operationen glatt vollzogen.

Forderungen der Arbeiter im Ruhrgebiet.

Berlin, 7. April. (WTB.) Nach „Vorwärts“ und „Freiheit“ haben die am Generalstreik beteiligten Arbeiter, Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteileitungen der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam folgende Forderungen an die Reichsregierung gerichtet, deren schleunige Durchführung sie für nötig halten, um der starken Erregung der Arbeitnehmerschaft entgegenzuwirken: 1. Rückzug der Reichswehrtruppen aus der neutralen Zone, wo Ortswehren nach dem Bielefelder Vereinbarungen zu bilden sind; 2. kein Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Gebiet südlich der Ruhr; 3. Bildung von Ortswehren in den weiter von der Reichswehr besetzten Gebieten und Rückzug der Reichswehr aus diesen; 4. Schutz der verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften, besonders in Wilhelmshaven und Oldenburg, Bestrafung der unzuverlässigen Offiziere, Einstellung von Munitionslieferung an Formationen wie die Brigade Ehrhardt; 5. Wehrorganisation der Sicherheitswehr in Preußen durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer.

Ein Schwindel mit tschecho-slowakischen Banknoten.

Berlin, 7. April. (T.-U.) Einen großen Schwindel mit tschecho-slowakischen Banknoten hat die hiesige Kriminalpolizei aufgedeckt und drei der Hauptbeteiligten daran festgenommen. Es handelt sich um die Fälschung der Stempel und Stempelmarken, die die tschecho-slowakische Regierung den österreichischen Banknoten beigegeben hat. Der Schaden, der deutschen Banken und Privatpersonen durch die Fälschungen erwachsen ist, geht in die Millionen.

Italien und der französische Vormarsch.

Rom, 7. April. (T.-U.) Mit dem französischen Vormarsch in Deutschland ist die italienische Presse und die Öffentlichkeit nicht einverstanden. Die führenden Organe lehnen jede Mitverantwortung der italienischen Regierung an dem französischen Vorgehen ab. Der Mailänder „Secolo“ schreibt: Die Franzosen müssen bei diesem Unternehmen allein gelassen werden und auch fühlen, daß sie allein sind.

Wie verhält sich Amerika zur Besetzung?

Paris, 7. April. (WTB.) Aus Washington wird gemeldet: Der französische Botschafter Jusserand übergab am Montag die französische Note, in der die französische Regierung die Vereinigten Staaten um Meinungsäußerung zur Besetzung von Städten des rechten Rheinufers ersucht. In unterrichteten Kreisen heißt es, von der amerikanischen Regierung sei darauf bis jetzt keine Antwort gegeben worden. Es sei auch wenig wahrscheinlich, daß eine solche überhaupt erfolgen werde.

Einberufung des Völkerbundrates.

Paris, 7. April. (WTB.) Der Rat des Völkerbundes ist zum 9. April nach Paris eingerufen worden, um die Vorschläge des Obersten Rates über Armenien und den Schutz der innerhalb des türkischen Reiches befindlichen Minderheiten zu besprechen.

Die Schutzhaft der Wilhelmshavener Marineoffiziere.

Berlin, 7. April. In der Presse ist mehrfach behauptet worden, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler den Befehl an die Marinestation Wilhelmshaven erlassen habe, die dort wegen ihrer Haltung während des Kapputsches verhafteten Offiziere frei zu lassen. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr haben die wegen ihrer angeblich unzuverlässigen Haltung in Schutzhaft befindlichen Offiziere Beschwerde über die Schutzhaft beim Reichsmilitärgericht eingelegt. Das Reichsmilitärgericht hat die Beschwerde für berechtigt anerkannt. Darauf mußten auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Offiziere aus der Schutzhaft entlassen werden. Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Marineoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgeklärt werden.

Monarchistisch-militärische Verschwörung in Bayern.

München, 7. April. Die „Münchner Post“ veröffentlicht in der heutigen Nummer „Dokumente der Konterrevolution“, in denen sie einen Beweis für das Bestehen einer monarchistisch-militärischen Verschwörung in Bayern sieht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion Kapp an der Herbeiführung des militärischen Staatsstreiches hingearbeitet habe. Dazu teilt das Reichswehr-Gruppenkommando 4 mit, daß es der Feststellung bedarf, was an den Veröffentlichungen der „Münchner Post“ richtig ist oder nicht. Als Tatsache wird jedoch nur hervorgehoben, daß die bayerische Reichswehr im entscheidenden Augenblick sich keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig machte.

Protest der Regierung gegen die Besetzung deutscher Städte.

Berlin, 6. April. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Durch die Note vom 6. d. M. hat die französische Regierung meiner Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe, sofort die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau Darmstadt und Dieburg zu besetzen, weil dem französischen Verlangen der Zurückziehung der unberechtigt in die neutrale Zone einmarschierten deutschen Wehrkräfte nicht entsprochen worden sei. Die französische Regierung hat hinzugefügt, daß die Besetzung ihr Ende erreichen würde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten. Noch bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Wenn trotzdem kein Blut vergossen worden ist, so ist dies der deutschen Regierung zu verdanken, die zur Vermeidung noch schwereren Unglücks den Befehl gab, dem Vormarsch keinen Widerstand zu leisten.

Die deutsche Regierund muß aber gegen das Vorgehen der französischen Armee im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit die schärfste Verwahrung einlegen.

Sie will nicht mit der französischen Regierung darüber rechten, ob eine Verletzung des Wortlauts der Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrags und seiner ergänzenden Abmachungen überhaupt vorliegt. Es kann unmöglich

die Absicht des Vertrages von Versailles

gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebiets die Ordnung, die durch Räuber- und Mörderbanden auf das schlimmste gestört worden ist, so rasch wie möglich wieder herzustellen. Eine solche Aktion ist, auch wenn sie wegen des Umfanges der Bewegung unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte ausgeführt werden muß, nichts anderes als eine polizeiliche Maßnahme. Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Gefahren leider auch jetzt noch im Auslande und insbesondere in Frankreich nicht klar erkannt werden, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch wie wirtschaftlich erneut auf das schwerste erschüttert. Wenn bei der französischen Regierung die Meinung zu herrschen scheint, daß eine solche Aktion im Ruhrgebiet überhaupt überflüssig gewesen sei, so darf demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Gründen die jetzige deutsche Regierung sich zu einer solchen Aktion entschlossen haben sollte, wenn sie sich nicht

in der bittersten Notlage

gefühlt hätte. Letzten Endes trägt sie allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen und muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klarer beurteilen kann als irgendwelche fremde Organe, die sich vielleicht durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung gebildet haben. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger gewartet hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Aufruhrbewegung im Ruhrgebiet auch ohne militärisches Eingreifen ihr Ende finden würde. Die Ereignisse haben ihr auch bisher recht gegeben. Überall dort, wo die Truppen hingelangten, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen. Wo aber in den Unruhegebieten die Truppen bisher nicht hingekommen sind, flackert die Flamme des Aufruhrs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Elberfeld-Hagener Bezirk, eine irgendwie nennenswerte Ablieferung von Waffen nur in den Orten zu bemerken gewesen, die in den Bereich der Truppen gekommen sind. Die Befürchtungen, die von alliierter Seite geäußert worden sind, daß gerade das Einrücken von Truppen die Unruhen verstärken und zur Vernichtung wichtiger gewerblicher Anlagen führen werde, haben sich bisher nicht bestätigt. Die deutsche Regierung hat nicht anders handeln können, als sie getan hat. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Aufstandsgebiet irgendwie

eine Bedrohung von Frankreich in sich schließen

könnte, ist so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Dem Weltfrieden aber wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenzen geordnete Zustände aufrechterhält. Deutscherseits darf demnach mit vollster Überzeugung der Standpunkt vertreten werden, daß eine vorsätzliche Verletzung des Friedensvertrages, die eine Verantwortlichkeit der deutschen Regierung im Sinne des Vertrages begründen könnte, überhaupt nicht vorliegt. Selbst wenn aber eine solche Verletzung begangen wäre, so würde dadurch der von der französischen Regierung jetzt vorgenommene Gewaltakt noch nicht gerechtfertigt.

Als sich die alliierten und assoziierten Regierungen in dem Entwurf eines Protokolls über die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstands auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen vorbehalten wollten, haben die deutschen Unterhändler darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vorbehalt mit dem Friedenszustand nicht vereinbar wäre. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben daraufhin in einer Note vom 8. Dezember vorigen Jahres anerkannt, daß sich vom Eintreten des Friedenszustandes an die Folgen einer etwaigen Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages, sowie nach dem vom Völkerrecht anerkannten gewöhnlichen Verfahrensarten richten sollten. Damit steht das Vorgehen der französischen Regierung im schroffsten Widerspruch. Der Friedensvertrag sieht an keiner Stelle das Recht einer Signatarmacht vor die Nichterfüllung einer vertraglichen Verpflichtung seitens Deutschlands ohne weiteres mit dem militärischen Einmarsch in Deutschland zu beantworten. Überdies hat sich aber die französische Regierung

über grundlegende Bestimmungen der Völkerbundakte hinweggesetzt

die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bildet. Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tatsächlich als den Versuch einer Störung des Weltfriedens ansehen zu können glaubt, so hätte sie gemäß dem Völkerbundstatut als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitgliede und einem Nichtmitgliede des Bundes dürfte nicht ohne weiteres mit Gewalt, sondern zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden.

Zum Schluß muß die deutsche Regierung mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regierung ergriffenen militärischen Zwangsmaßnahmen notwendigerweise

die schwersten Folgen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung

haben werden. Zwar berechtigt, wie bereits in der Note vom 4. d. M. mitgeteilt worden ist, der bisherige Verlauf zu der Hoffnung, daß die über das bisher zulässige Maß in die neutrale Zone eingerückten Truppen innerhalb weniger Tage wieder zurückgezogen werden können, dann würde nach der Erklärung der französischen Regierung die jetzt vorgenommene neue Besetzung ohne weiteres ihr Ende erreichen. Ihre Folgen wären dann aber nicht beseitigt. Es ist für jede Regierung in Deutschland unmöglich, in dem unglücklichen, von tiefen Erschütterungen immer wieder betroffenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Schritt und Tritt bei ihren Maßnahmen einem

ungerechtfertigten Mißtrauen

begegnet und sogar erneuten Drangsalen ausgesetzt bleibt und wenn das deutsche Wirtschaftsleben Störungen, wie sie die Besetzung politisch und wirtschaftlich so wichtiger Hauptplätze mit sich bringt, ausgesetzt wird. Die deutsche Regierung hatte es begrüßt, daß auch die französische Regierung gerade in letzter Zeit zur Anbahnung einer Verständigung auf wirtschaftlichem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0001

Gebiet bereit zu sein schien. Wie können aber solche für den Wiederaufbau Europas wichtige Gedanken in die Tat umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die französische Armee in Deutschland einmarschiert und dadurch tiefe Erregung und Erbitterung in das deutsche Volk hineinträgt. Was dem deutschen Volke vor allem not tut, ist Ruhe. Nur dann kann sich die Arbeitsleistung soweit heben, daß das Volk leben und die schweren Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen kann.

Aufruf der Reichsregierung.

An die Bevölkerung der Städte und Ortschaften, die von den Franzosen besetzt worden sind, hat die Reichsregierung den nachfolgenden Aufruf gerichtet:

An die Bevölkerung der von den Franzosen besetzten Städte!

Um die Leiden von Hunderttausenden abzukürzen, die im Ruhrgebiet der erpresserischen Räuberei von Erpresserbanden ausgeliefert waren, hat die Reichsregierung dorthin Truppen entsandt. Die Genehmigung der Entente war nicht erteilt worden, obwohl die deutsche Regierung die bitterste Notwendigkeit mehrfach eindringlich dargelegt hatte. Im ganzen sind dort noch nicht 14 000 Mann zusammengezogen, also fast genau die Zahl, welche uns das Abkommen mit der Entente erlaubt. Trotzdem hat Frankreich in der Entsendung dieser Truppen einen Bruch des Friedensvertrages gesehen und eine „Gefährdung des Weltfriedens". Diese Behauptung richtet sich angesichts der lächerlich kleinen Truppenmenge von selbst. Frankreich aber hat es mit dem Friedenszustand für vereinbar gehalten, blühende deutsche Städte als Repressalie zu besetzen. Unerhörter ist mit dem Weltfrieden nie gespielt worden, als es Frankreich tut. Die Reichsregierung weiß, daß die Landsleute der schwerbetroffenen Städte die Notwendigkeit verstehen, daß im Ruhrgebiet Ordnung geschaffen werde, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht aus Kohlenmangel zugrunde gehe. Daß ein hartherziger Gegner sie zum Opfer seiner Shylok-Politik mache, fällt auf ihn allein. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Leidenszeit des Maingaues abzukürzen; aber sie weiß, daß sie mit der schwergeprüften überfallenen Bevölkerung eines Sinnes ist: Wir werden Deutschland auch auf diesem listig angelegten Wege nicht zertrümmern lassen, wir werden den juristischen Kniffen und der brutalen Vergewaltigung den einigen Willen entgegensetzen: ein Volk zu sein und zu bleiben.

Berlin, den 7. April 1920.

Die Reichsregierung:
Müller, Reichskanzler.

Zum Einmarsch der Franzosen in Frankfurt und Darmstadt.

In Frankfurt werden die Behörden in ihrer Arbeit nicht gehindert. Aufhebung des freien Briefverkehrs ist angeordnet. Telephon- und Telegraphenverkehr ist verboten. Aus Wiesbaden meldet der Regierungspräsident, daß am Montag nachmittag 4 Uhr die französischen Truppen in Biebrich und abends in Wiesbaden sich in Marsch gesetzt haben. Die Truppen stehen unter Kontrolle der Delegierten der hohen Rheinlandkommission, und zwar auf Grund der Bestimmungen, wie sie während des Waffenstillstandes in Geltung waren. Zeitungen erscheinen nicht. Versammlungen sind zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten. Auch hier haben die Franzosen einen Aufruf erlassen, daß Deutschland durch eine Offensive im Ruhrgebiet den „Friedensvertrag verletzt" habe. Der Telephonverkehr mit Frankfurt, Basel und Zürich ist vollkommen gesperrt.

Hanau noch nicht besetzt.

Hanau, 7. April. Die Meldung über eine bereits erfolgte Besetzung von Hanau eilt den Tatsachen voraus. Zwar waren gestern vormittag schon einzelne französische Militärautos in der Stadt zu sehen, doch lag mittags 12 Uhr die Hauptmasse der französischen Truppen noch vor den Toren der Stadt in der Nähe der Kinzig-Brücke. Der Einmarsch kann aber stündlich erfolgen. Der Bevölkerung hat sich eine ungeheure Aufregung bemächtigt, und die Behörden bemühen sich, die Gemüter zu beruhigen, da sonst nur eine unnötige Verschärfung der Situation herbeigeführt würde. Wie der Augenschein lehrt, handelt es sich fast nur um farbige Truppen, die zur Besetzung der Stadt vorgesehen sind. Schon am frühen Morgen überkreisen französische Flieger die Stadt. Von Frankfurt her sind die schwarzen Franzosen durch den östlichen Teil des Landkreises Hanau marschiert, wo sie mehrere Orte besetzten, um dann den Vormarsch auf zwei Straßen gegen Hanau anzutreten.

Frankreich beabsichtigt die Erweiterung der neutralen Zone.

Der „Temps" meldet in seiner Ausgabe vom ersten Ostertage, daß in dem jetzt von der Reichswehr besetzten Ruhrrevier Vertiefungen der neutralen Zone bevorständen, sobald die Ruhe wieder hergestellt wäre und die Reichswehrtruppen das Ruhrgebiet verlassen hätten.

Eine Erklärung Millerands.

Aus Paris wird gemeldet: Millerand hat an alle Vertreter Frankreichs im Auslande ein Rundschreiben gerichtet, worin er den fremden Regierungen über die Haltung Deutschlands Mitteilung macht. Er erklärt darin, daß Frankreich nicht unter dem Einfluß eines deutschfeindlichen Gefühls handle. Wie er in der Kammer erklärt habe, wünsche er, daß es Frankreich möglich sein werde, mit Deutschland wieder ein Einverständnis zu erreichen und alle ernstlichen Bemühungen zu diesem Zweck würden bei der französischen Regierung eine günstige Aufnahme finden. Er kenne die Schwierigkeiten, welche die Berliner Regierung zu überwinden habe, und verfehle nicht, diese zu berücksichtigen. Doch die deutsche Regierung hat, so erklärt Millerand zum Schluß, dem Drucke der Militärpartei nachgegeben und wagt die heiligsten Bedingungen des Versailler Vertrages zu verletzen.

Französische Lügen und Übertreibungen.

Der Pariser „Matin" schreibt, daß auf dem rechten Rheinufer beinahe 100 000 Mann regelrechte deutsche Truppen in einem Gebiet operieren, das durch den Friedensvertrag ihnen verschlossen sei. Das sei für Frankreich um so unerträglicher, als die Anstifter des Kappschen Staatsstreichs es auf die Besetzung des Ruhrgebiets abgesehen hätten. Dagegen ständen ihnen höchstens 10 000 Mann schlecht bewaffneter Spartakisten gegenüber, die bei dem ersten Angriff schon gewichen seien. Die Reichswehr erlaube sich allerhand Übergriffe (?). Alle Gefangenen würden ohne weiteres erschossen. In der Proklamation, die der französische General an die Bevölkerung der besetzten Städte richtete, heißt es, daß die Berliner Regierung der Militärpartei nachgegeben und eine Offensive gegen die friedlichen Arbeiter im Ruhrgebiet begonnen habe. Über das besetzte Gebiet ist der Belagerungszustand verhängt worden. Streiks werden nicht geduldet. Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens darf niemand auf der Straße sein. Jede Ansammlung von mehr als fünf Personen ist verboten. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Widerspruch in Amerika und Italien.

Basel, 7. April. Die Führer im amerikanischen Senat erklärten, daß der Senat intervenieren würde, wenn amerikanische Truppen im Ruhrgebiet verwendet würden, für den Fall, daß es zwischen deutschen und französischen Truppen zu Zwischenfällen kommen sollte.

Lugano, 7. April. Mit dem französischen Vormarsch ist die italienische Presse und Öffentlichkeit einverstanden. Die führenden Organe lehnen jede Mitverantwortung Italiens entschieden ab. Der „Secolo" schreibt, die Franzosen müssen bei diesem Unternehmen allein gelassen werden und auch fühlen, daß sie allein sind. Mit ihrer völlig ungerechtfertigten Gebietsbesetzung fordern die Franzosen die Mißbilligung ihrer Freunde und den Groll der Gegner heraus.

*

Die Niederkämpfung des roten Terrors im Ruhrgebiet.

An amtlicher Berliner Stelle wird festgestellt, daß die Aktion im Ruhrgebiet sehr schnelle Fortschritte macht. Im Brennpunkt steht augenblicklich Essen, das am Dienstag oder spätestens Mittwoch besetzt werden soll. Damit wird dann die eigentliche Aktion so gut wie beendet sein.

Die unter General Kabisch stehenden Truppen des Abschnittkommandeurs Wesel in der neutralen Zone haben am Sonntag ihr Vorgehen in südlicher Richtung fortgesetzt. Außer Duisburg wurden Hamborn, Beeck, Sterkrade und Oberhausen besetzt. Damit ist der Nordrand des eigentlichen Industriegebietes an der Ruhr besetzt. Die Entwaffnung der Bevölkerung ist in vollem Gange. Die Gerüchte von erschossenen Krankenpflegerinnen sind unzutreffend. Es wurden aber einige Frauen mit der Waffe in der Hand, darunter eine Person mit tschecho-slowakischem Ausweis, erschossen. Nach Aussagen des Vollzugsrates in Hamborn waren russische Offiziere vor und hinter der Front in Tätigkeit. Im besetzten Gebiet arbeiten die Truppen zusammen mit den Gewerkschaftsführern, um geordnete Zustände zu schaffen. In Duisburg und Düsseldorf ist nach der Besetzung die Ruhe wieder eingekehrt. Aus Solingen kommen Nachrichten, denen zufolge in großen Massen zurückflutende Teile der Roten Armee sich in Sicherheit zu bringen versuchen. Man will sie am Plündern dadurch hindern, daß man ihnen Lebensmittel verabfolgt.

Essen kampflos besetzt.

Essen, 7. April. Die Reichswehr ist in Essen gestern nachmittag 5¼ Uhr kampflos eingerückt und hat die öffentlichen Gebäude besetzt.

Auch Recklinghausen, Herne, Gelsenkirchen, Buer und Gladbeck befreit.

Aus Bochum wird gemeldet: In Recklinghausen, Herne, Gelsenkirchen, Buer und Gladbeck sind die Regierungstruppen am Dienstag eingerückt. Vorher hatten drei Tage lang schwere Kämpfe mit Artilleriefeuer am Rhein-Herne-Kanal getobt. Überall werden die Regierungstruppen von der Bürgerschaft mit aufatmender Freude als Retter aus schwerster Bedrängnis begrüßt. Grauen und Entsetzen kennzeichnen die Schilderungen, die die „Recklinger Volkszeitung" von der Gewaltherrschaft der Spartakisten wiedergibt. Die Spartakisten hausten wie die Wilden. Bauern und Kaufleuten wurden Pferde und Wagen gestohlen. Die Seele der aufrührerischen Bewegung in Recklinghausen war der Münchener Geiselmörder Marcuse, ein Russe, der sich verschworen hatte, in Recklinghausen nicht einen Stein auf den anderen zu lassen. Eine Kugel hat dem Treiben dieses Scheusals in Menschengestalt ein Ende gemacht. Als von Sinsen her die Regierungstruppen in Anmarsch waren, wurde der Vollzugsrat mit seinem Führer Boenter festgesetzt, bald nachher aber wieder von Rotgardisten befreit. Dabei ist es am Amtshause zu einem erbitterten Kampf zwischen den empörten Bürgern und Rotgardisten gekommen, wobei 7 Rotgardisten erschossen wurden. Von Kuniberge aus wurde das völlig unbewaffnete Posthaus mit Maschinengewehren beschossen. Auch ein Angriff mit Handgranaten wurde gegen das Postgebäude gerichtet. Als am Karfreitag ein spartakistisches Auto von Speckhoven aus nach Recklinghausen kam, wurde es angehalten, der Führer der Spartakisten erschossen und seine Genossen bald darauf von einem Standgericht zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung dieses Todesurteils wurde aber vorläufig ausgesetzt.

Die einziehende Reichswehr wurde in Recklinghausen mit Jubel empfangen und an General von Watter ein Danktelegramm gesandt. Dem Aufrufe zur Bildung einer Bürgerwehr leisten die Bürger in Scharen Folge.

Schwere Kämpfe.

Köln, 7. April. Nördlich Gelsenkirchen bis Bottrop finden augenblicklich noch schwere Kämpfe statt. Bottrop selbst ist von drei Seiten von Reichswehrtruppen umstellt und durch die Kämpfe arg mitgenommen. Zurzeit finden die hartnäckigsten Kämpfe bei Karnap statt. Die Altenessener Bevölkerung ist teilweise geflüchtet. In Dortmund haben die Roten beim Abzug furchtbar gewütet. Überall in den Straßen sind schwere Plünderungen vorgekommen. Stadtrat Schubert wurde in einer Beamtenversammlung von Rotgardisten erschossen. Ihr Abzug ist auf die schwere Niederlage ihrer Armee bei Kamen zurückzuführen. In Hörde stellten sich Arbeiter den sabotierenden roten Truppen entgegen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

Die Flucht der roten Truppen ins besetzte Gebiet.

Solingen, 6. April. Heute früh trafen die zurückflutenden Rotgardisten in großer Zahl hier ein. Sie überschritten zum Teil die Grenze des besetzten Gebietes und ließen sich von den Engländern entwaffnen. Zum Teil treiben sie sich als bewaffnete Banden in den Bergen herum und machen das ganze Gebiet unsicher. Während die Gemeinden jenseits der Besetzungsgrenze die Rotgardisten möglichst schnell abschieben, hat die Stadt Solingen ihnen die Schützenburg als Lager zur Verfügung gestellt und gewährt Obdach und Nahrung, bis die Engländer entschieden haben, was aus den Leuten werden soll.

Entwaffnung der Rotgardisten durch die Hagener Arbeiterwehr.

Münster, 7. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten sollen zuverlässige Teile der bisherigen Arbeiterwehr in Hagen (Westfalen) als Volkswehr umgebildet werden. Diese Volkswehr soll bereits 400 zurückflutende Rotgardisten entwaffnet haben.

Reichskommissar Severing über die Notwendigkeit des Eingreifens.

Münster, 7. April. In einem Aufruf des Reichskommissars Severing an die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes, der sich an diejenigen wendet, die der Regierung wegen des Einmarsches der Truppen Wortbruch vorwerfen, sowie gegen diejenigen, die sie schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Linksradikalen bezichtigt haben, heißt es, die Regierung sei bereit gewesen, von einem Einmarsch der Truppen abzusehen. Voraussetzung aber sei gewesen, daß die verfassungsmäßigen Behörden in ihre Ämter wieder eingesetzt, Waffen und Munition sofort an die Gemeindebehörden abgegeben und die Gefangenen sofort freigelassen würden. Trotzdem dieses bis zum 25. März versprochen worden war, sei bis zum 2. April abends von der Durchführung dieser Bedingungen, wie die Behörden von Arnsberg, Düsseldorf und Münster berichteten, keine Rede gewesen. Dagegen wurde übereinstimmend berichtet, daß die Aktionsausschüsse oder Vollzugsräte meistenteils keinen Einfluß mehr auf die bewaffneten Arbeiter gehabt hatten, die plündernd und erpressend von Ort zu Ort gezogen seien. Jetzt habe die Regierung den Befehl zum Einmarsch nicht mehr zurückhalten können. Die Truppen, die vom 31. März bis 3. April jede Vorwärtsbewegung eingestellt hatten außer da, wo bewaffnete Arbeiter sie angriffen, marschierten in ausdrücklichem Einverständnis mit den Zivilstellen, die lediglich Ruhe und Ordnung herstellen wollten. Sie kämen nicht als Feinde der Volksrechte, sondern als Schützer der Verfassung und der Regierungsgewalt. In der von der Regierung an sie ergangenen Anweisung heißt es, daß alle Truppen sich als Organ der Staatsgewalt fühlen sollen, die gegen ihre eigenen Volksgenossen die bedrohte Staatsautorität wiederherzustellen hat. Die Truppe habe vor allem schärfste Manneszucht zu wahren und alle unnötigen Härten, sowie jeglichen Übergriff und jegliche Herausforderung zu vermeiden. Dieselben Weisungen habe die Truppe von General v. Watter erhalten. Was in dem Bielefelder Abkommen an notwendigen Reformen bezeichnet worden sei, werde trotz des schweren Vertragsbruchs der bewaffneten Arbeitermasse, der insbesondere in der Beschießung von Wesel zum Ausdruck gekommen sei, von der Regierung durchgeführt werden. Wenn ihre Durchführung sich jetzt verzögere, so seien allein diejenigen bewaffneten Arbeiter dafür verantwortlich, die allen Ermahnungen der Regierung und der Führer nicht mehr zugänglich gewesen seien.

Organisierung der Verpflegung im Ruhrgebiet.

Wesel, 7. April. Die Verpflegung im Ruhrgebiet, die der Truppe unmittelbar folgt, ist organisiert. Auch die von holländischer Seite angebotene Kartoffellieferung ist wieder im Gange. Vorsorge für sachgemäße Belieferung und Verteilung ist getroffen. Der Zivilkommissar zusammen mit dem Offizier der Garnison setzt sich mit der zuständigen Stelle der Ortsverwaltung in Verbindung; dann erfolgt die Weiterverteilung durch die Bahn und durch Kraftwagen. Man erhofft hierdurch eine weitere schnelle Beruhigung des Industriegebiets.

Ruhe in Elberfeld und Barmen.

Berlin, 7. April. Das „Acht Uhr-Abendblatt" glaubt berichten zu können, daß bei der Durchführung der Polizeiaktion im Industriegebiet mit besonders hartnäckigem Widerstand seitens der roten Banden in der Gegend von Elberfeld-Barmen gerechnet werde und daß Barmen in der nächsten Zeit besetzt werden soll. — Diese Nachricht ist frei erfunden, da von einem Einmarsch in das bergisch-märkische Land abgesehen werden wird und da sowohl in Elberfeld wie in Barmen Ruhe und Ordnung herrschen.

Die Verluste der Reichswehr

bis einschl. 4. April betrugen 170 Tote, 346 Verwundete, 123 Vermißte. Teile der roten Kräfte sind nur auf den allgemeinen Raum Hagen—Hattingen—Barmen—Elberfeld—Schwelm zurückgegangen. Man rechnet in diesem Raume noch mit hartnäckigem, bewaffnetem Widerstande. Andere beträchtliche Teile der roten Truppen haben sich angesichts der vordringenden Reichswehr aufgelöst und unter Mitnahme von Waffen und Munition unter die Bevölkerung verteilt.

Radek und Levien in Dortmund.

Nach Meldungen, die aus zuverlässiger Quelle aus dem Ruhrrevier in Berlin eingetroffen sind, haben die russischen Bolschewisten Radek und Levien am Montag in Dortmund an einer Sitzung der Kampfleitung des Roten Zentralrates teilgenommen. Radek soll hierbei die Kampfleitung zur Fortsetzung des Kampfes ermuntert haben, worauf denn auch die Fortsetzung des Kampfes beschlossen wurde.

*

Unabhängiges Versteckspiel.

Die erfreulich rasche Entwickelung der Dinge im Ruhrgebiet während der letzten Tage läßt die Hoffnung zu, daß dort die Ruhe und Ordnung alsbald wieder hergestellt sein werden. Der Entschluß der Reichsregierung, von den ihr zu Gebote stehenden militärischen Machtmitteln den gegebenen Gebrauch zu machen, dürfte also in der Tat die erwarteten Früchte tragen, und hoffentlich werden wir alsbald vernehmen, daß die Kohlenförderung in den jetzt völlig lahmgelegten Schächten wieder in vollem Umfange vonstatten geht. Die Reichsregierung wurde in ihrer Haltung bekanntlich nach langem Zögern und Hinhalten zuletzt dadurch bestimmt, daß mit den übrigen politischen Parteien auch die unabhängige Sozialdemokratie für den sofortigen Einmarsch der Reichswehr eintrat, da auch sie kein anderes Mittel sah, um die für ganz Deutschland drohende unmittelbare Lebensgefahr zu beschwören. Wir wissen ferner, daß die zuständigen Stellen nach der Auffassung vieler bei uns in ihrer Sorgfalt, alles zu vermeiden, was unerwünschte Folgen nach sich ziehen konnte, beinahe bis über die Grenze des Gegebenen und Erlaubten gegangen ist. Die Reichsregierung hat auch alle ihre Zusagen hinsichtlich der möglichst reibungslosen Durchführung der militärischen Aktion gehalten. Es hat sich gezeigt, daß der Reichskommissar Severing wirklich und nicht nur scheinbar die oberste Befehlsgewalt innehatte, und die militärischen Stellen nur ausführende Organe waren. Den Truppen voraus sind plangemäß mit lokalen Verhältnissen vertraute Persönlichkeiten gegangen, um unnötigen Schwierigkeiten vorzubeugen, und nach allen bisher vorliegenden Nachrichten ist es nirgends zu militärischen Übergriffen ernsterer Art gekommen. Die Bevölkerung aber hat die Truppen überall als Befreier von unerträglichem Joch begrüßt, und wo es irgendwo anging, ist die weitere Durchführung der Beruhigung und der Sicherung der öffentlichen Ordnung neu gebildeten oder etwa schon vorhandenen zuverlässigen Ortswehren überlassen worden. Alle Welt weiß aber schließlich auch, daß der Einmarsch nur deshalb angeordnet werden mußte, weil die Leitung der Roten Armee und ihr Anhang sich um die Abkommen von Bielefeld und Münster keinen Deut kümmerten, sondern im Gegenteil die Bevölkerung noch in letzter Minute zu wildestem regellosem Widerstand aufpeitschten. Es ist daher mehr als verwunderlich, daß das führende Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, die Berliner „Freiheit", es fertig bringt, die Sache jetzt so darzustellen, als ob das Vorgehen der Reichswehr eine Art Vertragsbruch darstelle! Man muß das wirklich als den Gipfel politischer Brunnenvergiftung hinstellen, denn die „Freiheit" muß wissen, daß die Reichsregierung gerade erst auf Grund der Aufforderungen von unabhängiger Seite den Einmarsch anordnete. Natürlich glaubt die „Freiheit" die Massen irreführen zu können und den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber gerade von dieser Seite her wird man ihr wahrscheinlich mit besonderer Deutlichkeit auf die Finger klopfen.

Nach dem Frieden.

Die Erledigung der Kaiserfrage.

Die Baseler Preßinformation meldet aus dem Haag: Die Kaiserfrage wird zwischen Holland und den alliierten Mächten in den nächsten Tagen zur endgültigen Erledigung gebracht. Holland wird formell versichern, daß es die Verantwortung für die Überwachung des Kaisers auf Doorn übernimmt. Die holländische Regierung wird ihrerseits von Kaiser Wilhelm die ehrenwörtliche Versicherung entgegennehmen, daß er das ihm zugewiesene Gebiet nicht verläßt. Besuche des ehemaligen Kaisers werden stets der besonderen Genehmigung der holländischen Regierung unterliegen.

Ein deutsche Rechnung an Finnland.

Die „Morning Post" berichtet, Telegramme aus Helsingfors besagten, daß Deutschland eine Rechnung für seine Unterstützung in dem finnischen Befreiungskampfe im Jahre 1918 eingereicht habe. Sie belaufe sich auf 50 Millionen Mark für das Heer des Generals von der Goltz, auf 35 Millionen für die Flottenexpedition, 30 Millionen für Waffen und Munition und 12 Millionen für Beute, die von den Deutschen den Russen bei Lathis in Finnland abgenommen sei, in Summa also auf 127 Millionen Mark.

Politische Übersicht.

Dänemark.

Straßenunruhen in Kopenhagen.

Kopenhagen, 6. April. Trotz der vorläufigen Einigung ist die Lage noch immer sehr kritisch. Die Syndikalisten, denen der Staatsstreich ohne Zweifel eine Stärkung gebracht hat, bereiten sich zur gewaltsamen Erzwingung ihrer Forderungen, die auf die Einführung der Räterepublik hinauslaufen, vor. Die erste Warnung erhielt die Bevölkerung Kopenhagens in der Nacht zum Ostermontag. Ein Zug von etwa 10 000 Menschen drang gegen ½1 Uhr gegen das Schloß Amalienburg vor. Nachdem die Parole ausgegeben worden war, der König bis 6 Uhr morgens abzusetzen, kam es in der Stadt zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei feuerte scharf, mehrere Personen wurden schwer verletzt. Um ½2 Uhr hatten mehrere Kompanien feldmarschmäßig ausgerüsteter Infanterie und einige Hundert Polizisten das Schloß besetzt. Die Menge hatte sich zurückgezogen, bis die Polizei einen neuen Angriff auf sie eröffnete und sie in kurzer Zeit zerstreute. Ein nicht unbedeutender Teil der Arbeiterschaft ist mit der Aufhebung des Generalstreiks keineswegs einverstanden. Tatsächlich haben sich denn auch mehrere Gewerkschaften noch nicht der Aufhebung desselben angeschlossen. Auch in der Nacht zum Dienstag gingen auf der Hauptstraße Unruhen vor sich. Es handelte sich aber um Radauszenen ohne politischen Hintergrund.

Das „Stockholmer Dagblatt" meldet, daß die Mitglieder der Königsfamilie die Hauptstadt verlassen haben. Die Königin und die Prinzessinnen befinden sich zurzeit an Bord des Kreuzers „Heimdal".

Die Lage in Dänemark.

Kopenhagen, 7. April. Die neue Regierung Friis stellte sich gestern den beiden Kammern des Reichstages vor. Der Ministerpräsident sprach den Wunsch aus, daß die Neuwahlen in kürzester Zeit stattfinden. Im übrigen wolle das Ministerium verschiedene Angelegenheiten erledigen, u. a. die nordschleswigschen Verwaltungsarbeiten. Trotz der Aufhebung des Generalstreiks setzen die Bäcker, die Seeleute, Heizer und die Werftarbeiter den Streik fort.

Rußland.

Die Japaner in Wladiwostok.

New York, 6. April. Der Korrespondent der „Associated Preß" in Wladiwostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigem, schwerem Kampfe in Wladiwostok eingerückt.

Trotzki reist nach London und Paris?

London, 6. April. Die „Central News" berichten, Trotzki beabsichtige, im nächsten Monat nach London und Paris zu reisen, um dort den endgültigen Frieden zu schließen.

Deutschland.

— **Die christlichen Feiertage.** Abgeordnete der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Zentrums-Partei machen in einer in der Nationalversammlung eingebrachten Anfrage Front gegen die in Sachsen zutage getretene Absicht, evangelische Festtage als landeskirchliche Feiertage zu beseitigen. Sie bezeichnen dies als nach der Reichsverfassung unzulässig und fragen, ob die Reichsregierung bereit ist, eigenmächtigem Vorgehen der Länder entgegenzutreten.

Die Wahlparole der Sozialdemokratie.

Parteivorstand und Parteiausschuß der Mehrheitssozialisten haben am 30. und 31. März in Berlin getagt. Nach dem „Vorwärts" besprach der Abg. Wels den bevorstehenden Wahlkampf, der mit aller Schärfe gegen rechts geführt werden müsse. Die Unabhängigen werden dabei die beste Gelegenheit haben zu zeigen, ob es ihnen mit dem alleinigen Ziel der Niederkämpfung der Reaktion ebenso ernst sei wie uns. Putsche oder Demokratie? werde die Wahlparole für die Partei sein.

Eine Reichskonferenz der Sozialdemokratie (nicht ein Parteitag) soll nach Abschluß der Verhandlungen der Nationalversammlung stattfinden.

Am 31. März abends fand in Berlin eine allgemeine Konferenz aller auf dem Boden der Mehrheitssozialisten stehenden Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt. Nach dem „Vorw." erklärt Franz Krüger als Referent:

Es hat für unsere Partei nie einen Zweifel gegeben, daß unser Kampf sich nur gegen rechts richten kann. In der Aussprache sagte Kriminalkommissar Lehnert: Nur Tapetenwände trennen uns noch von der Einigkeit der Sozialdemokratie. Redakteur Froböß erklärte: Unsere Parole für den kommenden Wahlkampf muß lauten. Wir kennen nur noch Sozialdemokraten. Im Schlußwort mahnte Franz Krüger: Rüsten wir uns zum Wahlkampf, den wir führen werden unter der Parole: Für Demokratie für Republik und Sozialismus, gegen rechts und nicht gegen links! Einstimmig angenommen wurde eine Resolution des Vorstandes, worin es heißt: „Bei den kommenden Reichstagswahlen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0002
DFG

müssen daher „alle“ Parteien geschlossen vorgehen, die bereit sind, für Republik, Freiheit, Demokratie und Sozialismus gegen Gewalt und Putsch ihre ganze Kraft einzusetzen. Sorgt das arbeitende Volk dafür, daß der neue Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit hat, dann ist die Bahn frei für die Verwirklichung unserer Ziele.“

Merseburg und Umgegend.

7. April.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Bestandene Prüfung.** Vor der zuständigen Prüfungskommission der Handwerkskammer in Halle bestand gestern Fräulein Gertrud Gärtner, Tochter des Schlossers M. Gärtner in der Unteraltenburg, die Prüfung als Damenschneiderin mit „Gut“. Sie hat ihre Lehre bei Frau Damenschneidermeisterin M. Bernstein hier zurückgelegt.

** **Butter und Margarine werden teurer.** Durch zwei Verordnungen, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurden und sofort in Kraft treten, wird eine Verteuerung von Butter und Margarine herbeigeführt werden. Die dem Herstellerpreis angehängten Zuschläge sind erhöht worden, und zwar nicht unerheblich. Natürlich werden die Konsumenten das bald in Form teuerer Kleinhandelspreise zu spüren bekommen.

** **Niedriger Silbergeldpreis in Sicht.** Der Silbergeldhandel und -schmuggel, vor ein paar Monaten noch von allen möglichen Existenzen als einträgliches Gewerbe betrieben, hat in letzter Zeit durch den allgemeinen Kurssturz des Silbers ganz aufgehört. Die Reichsbank, die nach der Verordnung vom 2. Februar d. J. als einzige Aufkäuferin von Silbergeld noch in Betracht kam, zahlte bisher für die Silbermark acht Mark. Der Ankauf ist über das ganze Reichsgebiet organisiert und hat einen außerordentlichen Erfolg gezeitigt. Auf dem Lande besorgen die Postbeamten für die Reichsbank den Ankauf und erhalten für jede Silbermark 10 ₰ Provision. Welche Mengen Silbergeld noch zurückgehalten werden, erhellt daraus, daß ein Landbriefträger an einem Tage 400 M Provisionsgelder verdient hat. Die Kassen der Reichsbank können in den letzten Tagen das Angebot von Silbermünzen kaum bewältigen. Infolge des weiteren Rückganges des Silberkurses beabsichtigt nun die Reichsbank, in den nächsten Tagen den bisherigen Silbergeldpreis herabzusetzen. Es dürften dann vielleicht noch 6 M gezahlt werden. Nach der allgemeinen Weltmarktlage wird für längere Zeit mit einem erneuten Steigen des Silberkurses nicht gerechnet.

** **Die ersten Schwalben** sind von einem unserer Leser am zweiten Ostertage in Dieskau beobachtet worden, wie sie, über der Teichoberfläche hinfliegend, nach Nahrung suchten und sich auf der Telephonleitung dann niedergelassen hatten.

** **An der gewerblichen Fortbildungsschule** findet die Aufnahme neuer Schüler am Sonntag den 11. April, vormittags 11 Uhr, in der Volksschule I, Roßmarkt 8, statt. Alle Gewerbeunternehmen haben jeden von ihnen beschäftigten, noch nicht 17 Jahre alten gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrling, Fabrikarbeiter) zum Eintritt in die gewerbliche Fortbildungsschule anzumelden. Das letzte Schulzeugnis ist vorzulegen. Da der Zuschuß des Staates nunmehr abhängig ist von der Erhebung eines Schulgeldes, beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Erhebung von jährlich 6 M Schulgeld für Schüler hiesiger und von 12 M für Schüler auswärtiger Betriebe, das vom Arbeitgeber erhoben wird.

** **In der kaufmännischen Fortbildungsschule** erfolgt die Aufnahme neuer Schüler am kommenden Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, im Schullokal, Karlstraße 4. Bei der Aufnahme ist das letzte Schulzeugnis vorzulegen. Die letzte Stadtverordnetensitzung genehmigte bekanntlich eine Erhöhung des Schulgeldes von 20 auf 45 M für die hiesigen Schüler und das Jahr und auf 90 M für die Schüler der außerhalb des Stadtgebietes wohnenden Arbeitgeber. Zum Besuche der Schule sind alle Ostern in die Lehre getretenen Jugendlichen sowie diejenigen unter 17 Jahren verpflichtet. Das Schulgeld wird vom Arbeitgeber erhoben.

** **Glücklich abgelaufen** ist am Ostermontag ein Unfall auf dem Gotthardsteich hier. Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr fuhren zwei kleine Jungen in einem Kahn. Der eine von diesen, der 12jährige Sohn des Maschinisten Krasnowski in der Großen Ritterstraße, wurde von den Insassen eines anderen Kahnes durch Ruderschlag mit Wasser bespritzt. Beim späteren Abklopfen des Wassers fiel der Junge über Bord und ging unter. Es gelang ihm aber, sich wieder hochzuarbeiten und auf seine Hilferufe eilten der Rettungskahn und andere Boote zur Unfallstelle, von denen aus der Junge gerettet wurde. Eine Warnung für Eltern und Kinder in der jetzt anbrechenden Zeit des Vergnügens auf dem Teich.

** **10 Hühner gestohlen.** Die Einbrecher scheinen jetzt die Gärten der Reihe nach heimzusuchen. So statteten solche Dunkelmänner dem Garten des Tapezierers Sch. in der Nähe des Garnisonlazaretts in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend einen Besuch ab. Sie drückten die Fensterscheibe des Gartenhauses ein und plünderten den Hühnerstall. Von 15 Hühnern wurden 10 Stück gestohlen. Gleichzeitig machte man den Versuch, das im Gartenhause stehende Sofa wegzutragen. Dieses ist aber eingebaut und so begnügte man sich, den Überzug säuberlich von ihm abzuschneiden und mitzunehmen. Gleichzeitig wurde auch das Hühnerfutter gestohlen, das die Diebe in einen dort hängenden Arbeitsrock des Besitzers packten und in ihm forttrugen. Anscheinend wurde ihnen die Last doch hier einmal zu schwer und so warfen sie den Rock mit dem Hühnerfutter auf einem benachbarten Felde wieder weg, wo es aufgefunden wurde. Derjenige der Einbrecher, der das Fenster einschlug, hat sich dabei verletzt, wie die Blutspuren bezeugten. Auf jeden Fall wollten sie sich einen Festbraten auf anderer Leute Kosten besorgen, was ihnen ja auch gelungen ist.

*

Die Kappschen Landesjäger vorübergehend wieder in Merseburg.

Heute vormittag kurz nach 11 Uhr zog die frühere Garnison, die 1. Landesjägerabteilung, die bis zu ihrem angeblich „befohlenen“ Abzug von hier nach Halle infolge ihres nach dem Major Held angeblich von seinem Vorgesetzten „befohlenen“ offenen Eintretens für den Kapp-Putsch die größte Gefahr für unsere Stadt bedeutete, unter ihrem Kommandeur, Major Held, mit Musik wieder in die Kaserne hier ein. Wie der Magistrat in öffentlicher Bekanntmachung mitteilt, ist die bisherige Garnison nur auf einen Tag nach Merseburg zurückgekehrt, um die ihr gehörigen Ausrüstungsgegenstände aus der Kaserne abzuholen und am Donnerstag nach ihrer neuen Garnison verladen zu werden. — Major Held hat also seinen Demonstrationszug, von dessen Absichten wir schon früher sprachen, bekommen. Zur Abholung der Ausrüstungsgegenstände genügte ein Kommando der Landesjägerabteilung. Im Interesse der öffentlichen Ruhe und des ungestörten Fortgangs des Wirtschaftslebens unseres Bezirks hoffen wir, daß die Truppe, wie bekanntgegeben, am morgigen Donnerstag wieder von hier verschwindet, da über diesen Vorgang die größte Erregung in allen Kreisen der Bevölkerung besteht. Damit nun dieses letzte Hiersein der Garnison glatt und ohne irgendwelche Beachtung verläuft, unterstützen wir den Magistrat in seiner Bitte an die Einwohnerschaft, diese militärische Maßregel nicht zu stören, damit alle Mißhelligkeiten vermieden werden. Die Aktionsausschüsse der Deutschen demokratischen Partei, der Alten sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen sozialistischen Partei haben sich neuerdings mit dem aus der ganzen Angelegenheit sich ergebenden Fragen beschäftigt und entsprechende Beschlüsse dem Zivilkommissar Landtagsabg. R. Krüger unterbreitet.

Wie wir weiter erfahren, wird die bisherige Garnison Merseburg nach Torgau übersiedeln. Die Frage, ob unsere Stadt wieder eine Garnison erhält, ist noch nicht geklärt. Man spricht davon, daß ein Bataillon Reichswehr, das bisher in Insterburg gelegen hat, nach Merseburg kommen soll.

*

Die Befugnisse des Amtsvorstehers.

Es taucht immer wieder die Frage auf, ob ein Amtsvorsteher (Polizeiverwalter) befugt ist, z. B. bei geringeren strafbaren Übertretungen von einer Bestrafung abzusehen. Nach § 346 des Strafgesetzbuches ist dies zu verneinen. Nur wenn in dem betreffenden Gesetz eine Verwarnung vorgesehen ist, was hin und wieder bei Polizeiverordnungen der Fall ist, würde eine Verwarnung zulässig sein, sonst hat er nach dem Gesetz vom 23. April 1883 (Gesetz-Sammlung S. 65) und der Ausführungsanweisung hierzu vom 8. Juni 1883 (Minist.-Blatt f. d. i. Verw. S. 153) zu verfahren. Hiernach ist der Amtsvorsteher befugt, bei Übertretungen (siehe § 1 Abs. 3 Strafgesetzbuch) eine Strafe bis zu 30 M oder bis 3 Tage Haft festzusetzen. Der Amtsvorsteher ist u. a. nicht zuständig bei Übertretungen der Vorschriften über Erhebung öffentlicher Abgaben oder Gefälle, bei bergpolizeilichen Vorschriften, in den Sachen, in denen die Gewerbegerichte zuständig sind, und in Forstdiebstahlssachen. Des Erlasses einer polizeilichen Strafverfügung hat der Polizeiverwalter sich zu enthalten, wenn er die Anwendung eines seine Kompetenz übersteigenden Strafmaßes für angezeigt erachtet (§ 1 Abs. 3 des Ges.), oder wenn der Amtsvorsteher ein persönliches Interesse an der Sache hat. Der Amtsvorsteher ist berechtigt, vom Erlasse einer Strafverfügung abzusehen und die Verfolgung dem Amtsanwalt zu überlassen, wenn der Fall oder die Auslegung des Falles zweifelhaft ist oder ein besonderer Grund vorliegt, z. B. bei Rückfällen usw., und in den Fällen des § 361 des Strafgesetzbuches. Beantragt ein Beschuldigter gegen eine Strafverfügung gerichtliche Entscheidung, dann hat der Amtsvorsteher den Aktenbogen mit allen Schriftstücken an den Amtsanwalt abzugeben, in dessen Amtsgerichtsbezirk die Übertretung begangen ist, also nicht an das Amtsgericht. Bei dem jetzt stattgefundenen Wechsel der Amtsvorsteher dürfte für diese Nachstehendes von Interesse sein: Gehen beim Amtsvorsteher Anzeigen wegen Vergehen ein, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Sachbeschädigung nach § 303 St.-G.-B., Hehlerei, Begünstigung, deren Schaden 150 M nicht übersteigt, Körperverletzung (223), Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahlsgesetz oder wegen Handlungen, die mit höchstens 3 Monaten Gefängnis oder mit Geldstrafe bis 600 M allein oder neben Haft oder in Verbindung miteinander oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, dann hat er diese an den Amtsanwalt, mit höheren Strafen bedrohte Vergehen und Verbrechen an den Ersten Staatsanwalt abzugeben.

*

Der Herr Major Held

und Kommandeur der 1. Landesjägerabteilung, früher in Merseburg, veröffentlicht im „Merseburger Tageblatt“ in Nr. 70 ein Eingesandt auf unsern Artikel „Die Kappschen Landesjäger in Merseburg“ in Nr. 69 des „Merseburger Korrespondent“. Obwohl dem Herrn Kommandeur — ebenso wie dem Herrn Hauptmann Diesener — unsere Zeitung nicht verschlossen war, wählt er für seine Entgegnung die oben genannte Zeitung. Die Entgegnung ist auch dementsprechend. Wir bringen sie trotzdem unsern Lesern heute schon im ersten Abschnitt zur Kenntnis, um unsern ersten Artikel zu vervollständigen. Im Anschluß an die einzelnen Abschnitte werden wir jedesmal Stellung dazu nehmen.

Der Herr Major und ehemalige Zensor Held schreibt:

1. Der „Merseburger Korrespondent“ hat in einem Aufsatze seiner Nr. 69 vom 4. April 1920 betitelt „Die Kappschen Landesjäger in Merseburg“, meine Tätigkeit als Garnisonältester in der Zeit vom 13. bis 19. März einer Kritik unterzogen. Ich gehe auf seine Anwürfe nicht ein. Meine Maßnahmen bauten sich auf Befehlen meiner Vorgesetzten auf, denen ich als Soldat zu gehorchen habe. Es ist ihre Sache zu untersuchen, ob und wieweit ich meine Befugnisse überschritten habe. Selbstverständlich entziehe ich mich nicht der zuständigen Verantwortung.

Bemerkung des „Merseburger Korrespondent“: Der Herr Major geht auf die Anwürfe nicht ein. Er wird wissen, warum! Die Anwürfe bestehen zu Recht! Die Maßnahmen bauten sich auf „Befehlen meiner Vorgesetzten“ auf. Wer waren denn die Vorgesetzten des Herrn Abteilungskommandeurs? Der Herr Regimentskommandeur Oberst Czettritz in Halle oder der Wehrkreiskommandeuer General Maercker in Dresden oder der Kappsche Oberbefehlshaber General v. Lüttwitz in Berlin oder der rechtmäßige Reichswehrminister Noske, damals in Dresden bezw. Stuttgart? Welcher dieser Stellen hat Major Held „als Soldat“ gehorcht? Welchem Vorgesetzten hat er gehorcht als Soldat beim Hissen der schwarz-weiß-roten Kapp-Flagge und bei der gekennzeichneten Zensurtätigkeit über unsere Schriftleitung? Die breiteste Öffentlichkeit und allgemeine Sicherheit erfordern eine öffentliche Klärung dieser Fragen! Das Verschanzen hinter dem Wortspiel „Befehlen meiner Vorgesetzten“ gleicht auf ein Haar der Methode des „großen Sündenbocks“ im alten Testament, den man mit den Sünden der Menschen angeblich bepackt in die Wüste hinausjagte. Wir erinnern an den Volksrichtspruch. „Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen“. Zur Theorie „Befehlen meiner Vorgesetzten“: An und für sich sind Befehle nicht auszuführen, die ein Vergehen gegen irgendwelche gesetzliche Bestimmungen darstellen. Das Hissen der schwarz-weiß-roten Kapp-Fahne war gegen die Verfassung! Ihr Vorgesetzter Reichswehrminister Noske hatte Befehle gegeben, die die Verbreitungen der Kappschen Bekanntmachungen usw. strengstens untersagten! Die Einberufung der Zeitfreiwilligen am 13./14. März war ein ebensolcher ungerechtfertigter Schritt zur Verstärkung der offensichtlich Kappschen Garnison! Der Regimentskommandeur in Halle verweigerte schon am Sonnabend den 13. März, nachmittags 5 Uhr, die Erklärung, daß Offizierkorps und Truppen treu zur Verfassung und zur alten rechtmäßigen Regierung stehen! Der Wehrkreiskommandeur General Maercker erklärte im vorigen Jahre während des Generalstreiks dem neutralen Soldatenrat in Halle: „Eine Truppe hat der Regierung zu dienen, der sie verpflichtet ist!“ Die hiesige Garnison war der allein verfassungsmäßigen Regierung Ebert-Bauer-Noske verpflichtet! Oder hatte sich der Garnisonälteste Major Held schon bei seiner Anwesenheit in Berlin in der Nacht zum Sonnabend dem Putschisten Kapp und Lüttwitz verpflichtet? Eines Hinweises auf die ungesetzliche und verfassungswidrige Kapp-Zensur über unsere Schriftleitung bedarf es schon gar nicht mehr. Der Geist unserer Leser ist doch leichter und weiter von Begriff, als der Herr Major und Zensor schätzt! Der einfältige Köhlerglaube ist längst durch den allzudicken Kriegsschwindel in Nichts aufgelöst! Ob und wieweit der Herr Major seine „Befugnisse“ überschritten, hat sich jeder republikanische Bürger an den fünf Fingern abklaviert. Wir erwarten nur von der Untersuchung „seiner Vorgesetzten“, die vor dem Kapp-Putsch, während diesem und nach diesem in höchster und maßgebender Instanz das Reichswehrministerium ist, daß hier mit eisernem Besen reingemacht wird, vom Herrn Major und darunter noch an. Unsere Mitbürger, unser Volk und unser Vaterland sind uns denn doch zu kostbar für ein solches Spiel von Stehaufmännern. Sie mögen dann in der Stille dem guten Beispiel des Hauptmanns Schmude in den Zechen bei Magdeburg einfahren, wenn sie volks- und weltfremde Männer sind, die da noch immer der Meinung sind, daß die Menschenklasse erst beim aktiven Offizier beginne.

Damit nun Herr Held in der Auslegung seiner Theorien von den „Befehlen meiner Vorgesetzten“ nicht irre wird, halten wir noch folgendes fest: Als die Reichsregierung in Dresden eintraf, lag dort bereits ein Haftbefehl der Meuterer gegen sie bei dem Wehrkreiskommandeur General Maercker vor, der diesen aber nicht zur Ausführung brachte weil ungesetzlich! Und die westdeutschen und die süddeutschen hohen und niederen Kommandeure haben wohl auch nur als Soldaten den Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorcht oder waren sie offen und ehrlich verfassungstreu gemäß ihrer Verpflichtung und politischen Einsicht! Wie verhält sich die Tatsache, daß die Reichsregierung stets feststellte, daß General Maercker sich nicht der Diktatur Kapp zur Verfügung stellte und hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung steht — daß aber der Herr Major die Verbreitung dieser Mitteilungen in seiner angemaßten Zensur verbot? Befehl der Vorgesetzten? Das Ding mit dem Gehorchen als Soldat nach den „Befehlen meiner Vorgesetzten“ ist also nichts und wir müssen auf das Energischste dagegen auftreten, daß man das deutsche Volk für so dumm verkauft — in gewohnheitsmäßiger Übung aus der über vierjährigen Mordszene her.

In einem nachfolgenden Artikel werden wir uns in ausführlicher Weise mit dem weiteren Inhalt des Heldschen Eingesandt im „Merseburger Tageblatt“ beschäftigen. Doch wir fügen heute schon hinzu, daß wir nichts zu scheuen haben, auch nicht den Vorgang, den wir nach Herrn Helds Meinung fortgelassen haben. Ach nein: „Wenn schon denn schon“. Die Heldsche Feststellung von dem angeblichen Versuch der Demokraten und Linksparteien, das Gefüge der Truppe zu zerreißen und das Stiertuch „roter Terror“ haben und bekommen ein anderes Gesicht.

P. S.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Donnerstag den 8. April.)

Ausgabe von neuen Fleischmarken gegen Vorlage von Lebensmittelheft und Stammfleischkarte im alten Rathaus (Burgstraße) von 8—½3 Uhr für die Versorgungsberechtigten in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben K—P, nur an Erwachsene. 1 Pfund Mehl auf Quittung Nr. 31 in den vergangene Woche angemeldeten Geschäften.

---

g. **Wesenitz**, 7. April. Am Sonnabend fanden hier und im benachbarten Lochau durch den zuständigen Beamten im Auftrage der Staatsanwaltschaft Verhaftungen junger Leute statt; man bringt dieselben in Verbindung mit den Unruhen in der letzten Zeit, insonderheit mit der Inhaftnahme des vermißten Pfarrers Niehus aus Burgliebenau, da die Verhafteten bei dem Transport des Vermißten nach Ammendorf beteiligt gewesen sein sollen. Die Untersuchungen über den Vermißten sind in vollem Gange. Es soll bereits die Lokalbesichtigung des Tummelplatzes in dem Gehölz bei Ammendorf auf dem linken Elsterufer stattgefunden haben und dort Blutspuren aufgefunden worden sein, welche zu weiteren Nachforschungen Anlaß gegeben haben. Nach anderen Angaben soll die Leiche des Vermißten mit zertrümmerter Schädeldecke bei Wörmlitz in der Saale angeschwommen sein, doch bleibt Näheres abzuwarten. — Zu der Notiz: „Der Herr Pastor schießt“, sei folgendes mitgeteilt: Die Abforderung der Waffen seitens der Arbeiterschaft von den Ortsbewohnern geschah in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag. Die hierzu erschienene Kommission verlangte Einlaß zum Pfarrgehöft durch Anklopfen ans Tor. Hierdurch ist jedenfalls der Pfarrer im Glauben gewesen, da er schon früher nachts durch Einbruch in seine Gebäude der Hühner beraubt wurde, daß es sich erneut um Einbruch handele, und schoß; die Schüsse sollten jedenfalls die Einlaßbegehrenden verscheuchen. Die Inhaftnahme des Pfarrers ist nicht in fraglicher Nacht, sondern erst Sonnabend in der Feldmark nach Gröbers zu erfolgt.

§ **Lützen**, 7. April. Der Gesamtumsatz bei der städtischen Sparkasse im Monat März betrug 4 451 506,38 M (gegen 2 801 519,78 M des Vorjahres), wovon 706 132,53 auf Spareinlagen und 2 105 624,90 Mark auf Scheckverkehr entfallen. — Die Beschlüsse der städtischen Körperschaften, welche für das Rechnungsjahr 1919 die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und zu der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 200 auf 250 Proz. heraufsetzen, sind jetzt vom Bezirksausschuß in Merseburg genehmigt worden. — Zufolge Beschluß der städtischen Körperschaften beträgt vom 1. April 1920 ab der Strompreis für alle Arten Strom gleichmäßig 2,50 M für die Kilowattstunde. Von demselben Tage ab zahlen Anschlüsse ohne Zähler monatlich für eine Flamme 10 M, zwei Flammen 13,50 M, drei Flammen 16,70 M, vier Flammen 20 M, fünf Flammen 22,50 M und für jede weitere Flamme 2,50 M mehr.

Mücheln und Umgegend.

7. April.

‡ **Roßleben**, 7. April. Der Friseur Ernst Kathe in Roßleben wurde als Trichinenbeschauer für den Trichinenschaubezirk I Unterbezirk 1 bestellt. Zum Unterbezirk 1 gehört der Teil von Roßleben, welcher östlich der Straße liegt, die von Ziegelroda nach der Unstrut führt. Die Trichinenbeschau in dem Trichinenbeschaubezirk Roßleben I Unterbezirk 2, hierzu gehört der Teil von Roßleben, welcher westlich der Straße liegt, die von Ziegelroda nach der Unstrut führt, sowie in Roßleben Kloster und Domäne Wendelstein, wird von jetzt ab der Fleisch- und Trichinenbeschauer Schumann in Roßleben ausüben. Als Trichinenbeschauer haben sich beide gegenseitig zu vertreten. Fleischbeschauer Schumann hat ohne Rücksicht auf die Bezirkseinteilung der vorgenannten Bezirke in den Fällen, in denen er die Fleischbeschau ausübt, gleichzeitig auch die Trichinenbeschau auszuüben.

Wetterwarte.

V. W. am 8. 4.: Wechselnd bewölkt, zeitweise aufheiternd, etwas kühl, stellenweise etwas Regen. — 9. 4.: Bald heiter, bald wolkig, Tag mäßig warm, etwas Regen.

Turnen — Sport — Spiel.

Wer sich gesund erhalten will, turne auch im reiferen Alter.

Unter dieser Aufforderung versendet Kreisvertreter Oberturnlehrer Schröter-Barmen ein Werbeblatt. Sein Inhalt verdient es, daß es in weitesten Kreisen bekannt wird. „Mit dem zunehmenden Alter treten häufige Störungen in der Gleichmäßigkeit des Stoffwechsels auf. Die Klagen über Verdauungsstörungen und Atmungsbeschwerden sind alltägliche Erscheinungen. Ihnen muß mit aller Energie entgegengearbeitet werden. Zu den besten Mitteln gehört das Turnen in seiner vielseitigen Art, das regelmäßige Durcharbeiten des ganzen Körpers. Vor allen Dingen müßten Personen, die tagtäglich sitzend in der Stube weilen, in die Turnhalle oder im Sommer auf den Turn- und Spielplatz. Nicht schwierige Übungen und Spiele sind es, die dort von ihnen verlangt werden, sondern wohlerwogene, zweckdienliche und leicht ausführbare, die die genannten Beschwerden erfolgreich bekämpfen. Notwendig ist nur, daß man sich zunächst zur körperlichen Betätigung zwingt und nach der verspürten Besserung nicht nachläßt. Man wende nicht ein, daß auch Personen, die sich fortwährend in frischer Luft bewegen, die Beschwerden verspüren. In solchen Fällen ist die Körperbewegung zu einseitig. Gerade ihnen kann das Turnen helfen. Das Turnen kann nicht ersetzt werden durch sogenannte Zimmergymnastik, die mit Zimmerturngeräten, z. B. Hanteln, ausgeführt wird; denn sie wird bald langweilig und deshalb eingestellt. Ganz anders ist es, wenn man regelmäßig in Gesellschaft von Freunden und Bekannten übt. **Hier regt einer den anderen an und zieht ihn mit sich fort.**“

In Merseburg findet das Turnen noch eine gute Pflegestätte. In allen Vereinen wird mit regem Eifer und sicherem Verständnis gearbeitet. Da vereinigen sich alle Stände, Berufe und Altersstufen. Da vergißt man in froher Gemeinschaft alle Sorgen. Da denkt man nicht an Parteigezänk und Hader. Da kommen die seelischen Einwirkungen auf den Menschen zu ihrem Rechte.

Darum sei allen nochmals die Mahnung zugerufen: Wollt ihr euch an Körper und Geist gesund erhalten, dann turnt auch im reiferen Alter.

*

Hallesche Sportvereine siegreich in Süddeutschland. Der V. f. L.-Halle und der Sportverein 98-Halle haben in den Spielen am Karfreitag und an den Osterfeiertagen in Süddeutschland gut abgeschnitten. Die 98er schlugen den V. f. R.-Mannheim am Ostersonnabend mit 2:1, am Ostermontag den Sp.-V. 05-Mainz mit 4:3 und am Karfreitag den F.-C. 93-Hanau mit 1:0. V. f. L.-Halle gebührt durch seine Siege über allerbeste süddeutsche Klasse besondere Anerkennung, er schlug am Karfreitag Sp.Kl. Stuttgart mit 8:2 und am Ostermontag den Karlsruher Fußballverein mit 1:0.

Vermischtes.

* **Die Bataillonskasse mit 150 000 M Inhalt wurde aus der** Pionierkaserne in Küstrin gestohlen.

* **Zwei Gaunern in die Hände gefallen.** Ein Münchener Großkaufmann, der wegen des niedrigen Kurses sein in letzter Zeit gehamstertes Goldgeld verkaufen wollte, vertraute auf „besonderen Rat“ dem Zahntechniker Klein und dem Schriftsetzer Stephanus Gold im Werte von 500 000 M an, die es im besetzten Gebiet verkaufen sollten. Die beiden, bekannte Keller- und Speichereinbrecher, reisten mit dem Golde ab, sind aber nicht mehr zurückgekehrt.

* **Neue Diamantenfelder.** Aus Kapstadt wird berichtet: In Bechuanaland sind Diamanten entdeckt worden. In den letzten Tagen sind über 10 000 Diamantensucher dort angekommen.

* **Mordverdacht.** Wegen dringenden Mordverdachts verhaftet wurde die Fischhändlerin Mehrstadt in Harburg a. E. mit ihren beiden Söhnen, weil sie den Ehemann bezw. den Vater ermordet haben sollen. Es handelt sich dabei um die Leiche eines Mannes, der vor einigen Tagen im dritten Hafenbecken des Harburger Seehafens in verkohltem Zustande in einer Heringstonne eingepfercht aufgefunden wurde. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

* **Von Wilderern erschossen.** In den Waldungen von Selchow wurde der Förster Schulze von zwei Wilderern durch Herzschuß getötet und sein jüngerer Bruder durch Bauchschuß schwer verletzt. Der Vater des Getöteten und weitere Jagdberechtigte setzten den Kampf fort und erschossen einen Wilderer, während der zweite Wilderer entkam.

* **Rückgang der Sparkasseneinzahlungen in Berlin.** Im Februar haben fast alle Sparkassen Großberlins einen weiteren Rückgang der Einzahlungen aufzuweisen. Der Rückgang betrug in den städtischen Sparkassen bis 18 v. H. gegenüber dem Monat Februar des Vorjahres. Im Januar haben die Einzahlungen bereits etwas über 10 v. H. weniger als im Januar 1919 betragen.

* **Von Einbrechern erschossen.** In Tornow (Kreis Landsberg an der Warthe) wurde der Eigentümer Friedrich Müller, als er drei Einbrecher in seinem Wohnzimmer überraschte, von einem derselben erschossen. Die Einbrecher entkamen.

* **Geburtenüberschuß in Bayern.** Die Bevölkerung Bayerns weist im Jahre 1919 zum ersten Mal wieder seit 1915 einen Geburtenüberschuß auf und zwar von 10 046; er erreicht den Geburtenüberschuß des letzten Friedensjahres zur Hälfte.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitz; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Reklameteil.

Wie kann sich eine Frau gut und billig kleiden? Wer Schwerins „Große Modenwelt“ mit Fächervignette liest, kann mühelos und ohne Hilfe mit Moderna-Schnittmuster schneiden und spart Geld, den Abonnenten können Schwerin-Moderna-Schnittmuster zum Vorzugspreise von 1 Mk, statt 1,40 Mk. für Nichtabonnenten, beziehen.

(s. Sonder-Beilage.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Wohnung an einzelne Leute zu vermieten und sofort zu beziehen Wallendorf Nr. 27.

Gut möbliertes Zimmer
in besserem Haus zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer an Herrn zu vermieten
Dürrenberg, Schkeuditz. Str. 22.

Schüler findet gute Pension
Off. unt. 783 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
mit od. ohne Pension für sofort oder baldigst von Beamten ges. Off. unter 760 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
gesucht. Off. an Rabe, Leuna Werke, Beamtenheim 3.

Besseres, möbliertes
Zimmer
für sofort gesucht. Off. unter 776 an die Exped. d. Bl.

Beamter sucht baldigst besser
möbliertes Zimmer
mit Beleuchtung. — Offerten unter 779 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
von jungem Herrn sofort gesucht. Offerten unter 791 an die Exp. d. Bl.

Postbeamter, nach hier versetzt,
sucht möbliertes Zimmer.
Angebote an
Krf. Seiftler, Postamt.

Junger Herr sucht einfach
möbl. Zimmer oder Schlafstelle.
Off. unt. 781 an die Exp. d. Bl.

Fräulein sucht anst. Schlafstelle
Preis 12 Mk. Offert. unt. 786 an die Exped. d. Bl.

Bankbeamter
sucht baldigst 1 oder 2 leere Zimmer. Off. unter 778 an die Exped. d. Bl.

Wohnungstausch!
Wer tauscht in Merseburg eine 3-Zimmerwohnung gegen eine solche in Moorbad Schmiedeberg, Bez. Halle. Off. u. 789 an die Exped. d. Bl.

Laden

in bester Geschäftslage zu mieten gesucht. Offerten unter 782 an die Exped. d. Bl.

Habe ein
Mietshaus mit Garten u. Hof
zu verkaufen. Preis 40000, Anzahlung 24000. Ang. unter 788 an die Exped. d. Bl.

Wir suchen überall verkäufliche
Häuser
mit und ohne Geschäft.
Villen, Fabriken, Höfe und Landstellen zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer, Besichtigung kostenlos.
C. H. Hülße & Co. Hannover.

Geld erhalten solv. Leute jeden Standes (ohne Bürgen) von 100 bis 3000 Mark durch
Franz Sand, Merseburg a. S.,
Roter Feldweg 8.
Sprechzeit täglich von 8—11 Uhr vormittags und 4—7 Uhr nachm. Sonntags von 8—11 Uhr vorm.

Dunkelblaues Kostüm u. Regenmantel (Gr. 44) zu verkaufen. Wo? sagt die Exp.

---

2 Anzüge (3—6 Jahre) gut erhalten verkauft
Sand 13, 2 Tr.

Ein Paar guterhaltene **Juchtenlangstiefel** zu verkaufen.
Markt 20, 2 Tr.

Damenschuhe spitz. F., Gr 38, zu verk.
Roonstraße 13, 2 Tr., r.

Ein paar neue **Militärschuhe**
Größe $29\frac{1}{2}$ zu verkaufen
Windberg 4, 1 Tr.

---

1 Paar neue Schnürschuhe (braunes Militärleder, Nr. 30) zu verkaufen
Marienstraße 3, Hof, 1 Tr.

Ein gut erhaltenes
PIANINO
(Nußbaum) ist zu verkaufen (Preis 7000 Mark). — Wo? sagt die Expedition dss. Bl.

Ihre Vermählung
beehren sich ergebenst anzuzeigen
Willi Weidel und Frau
Ilse geb. Berger.
Merseburg, Christianenstr. 16, d. 7. April 1920.

Else Weigel
Hans Hölzing
Verlobte
Merseburg 6. 4. 1920 Ludwigshafen

Gestern früh entschlief plötzlich und unerwartet nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Onkel, Bruder und Schwager, der Gastwirt
Conrad Gilbert
im Alter von 66 Jahren. Dieses zeigen tiefbetrübt an
Frau Rosa Gilbert geb. Frey
nebst allen Hinterbliebenen.
Merseburg, den 7. April 1920.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. ½4 Uhr vom Neumarktfriedhofe aus statt.

Friedrichroda Thüringer Wald 430—710 m ü. M.
Beliebtester Sommer- u. Winterkurort Thüringens m. Schloß und Park Reinhardsbrunn. Alle hygienischen Einrichtungen. Voller Kurbetrieb. Prospekt: Städtische Kurverwaltung.

Echte Porzellan-
Speise-Service
und
Kaffee-Service
— für 6 bis 12 Personen, —
mit feinen Malereien, sehr billig.
C. F. Ritter, Halle S.
Leipzigerstr. 90.

Mehrere Bücher, auch Wissenschaften, zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp.

Rauchtische,
gr. Posten m. geh. Messingpl., 65 cm Durchmesser, preisw. abzug
Welker, Teichstraße 37.

Gebr. Kinderwagen
zu verkaufen Roßmarkt 5, 2 Tr.

---

1 Kinderwagen
gebr., sehr gut erhalten, preiswert zu verk. Hirtenstr. 5, p. l.

Gut erhaltener Kinderwagen
zu verkaufen Sand 24, 2 Tr.

Damen- und Herren-Fahrrad
m. Freilauf u. neuer Bereifg. zu verkauf. Unt.-Altenburg 4.

Eine gebr., noch gut erhaltene
Schustermaschine
ist zu verk. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Hausflurplatten
in verschiedenen Preislagen verk. Schröder, Baugeschäft Spergau.

Für Rübenbauer!!
1 große, 24zöll., starke, gebr. Walze sowie 1 Benzky-Kultivator zu verkaufen Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Enten-Eier
zu verk. Rosental 7, pt.

---

1 Ztr. Futterrübenkerne
zu verk. Kleinkayna Nr. 13.

Bienenwohnungen verkauft
Merseburg, Neumarkt 11.

Eine Grube Dünger
hat abzug. Unt.-Altenburg 55.

Eine frischmilch. Ziege m. Lamm sowie futterfeste Ferkel
hat zu verkaufen
Trebnitz Nr. 20.

Ziegenlämmer verkauft
Groß-Kayna 106.

Futterfeste Absatz-Ferkel
stehen zum Verkauf
Trebnitz Nr. 16.

Wachsamer Foxterrier
zu verkaufen
Mühle Oberbeuna.

---

2 kl. Russen (zugfest), verkauft
Weber, Merseburg, Fuhrgeschäft Lauchstedterstr.

Gut erhaltener Smoking für mittl. Figur zu kaufen oder zu leihen gesucht. Off. mit Preisangabe u. 784 an die Exp. d. Bl.

Geldschrank
gesucht. Ausführl. Beschreibung, Maße und Preis unter 588 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jeden Posten
Makulatur
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Reisekoffer, mittelgroß, gut erh., zu kaufen gesucht. Off u. 790 a. d. Exp

---

Leder-Klubsessel
zu kaufen gesucht.
Off. unt. Nr. 775 an die Exp. d. Bl.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Die
öffentl. Lesehalle im „Herzog Christian"
ist geöffnet jeden Tag von früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.
Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.

Vom 1. April 1920 ab kosten:

Monatslesekarte	Preis 1,— Mk.
Jahreslesekarte	„ 5,— Mk.
Familien-Monatslesekarte	„ 2,— Mk.
Familien-Jahreslesekarte	„ 7,— Mk.
Tageskarten	„ 20 Pfg.

Die Karten sind im „Herzog Christian" zu haben
Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.
Merseburg, den 17. März 1920.
Der Verein zur Förderung der Jugendpflege in der Stadt Merseburg (E. V.).

Waschseife
zu herabgesetzten Preisen.
Franz Schneider, Seifenhandlung, Roßmarkt 2.

Briketts
in Fuhren frei Haus in einzelnen Zentnern ab Lager liefert prompt
E. Weishahn Neumarkt. Fernr. 486.

Roßhaar-Besen
Schrubber
Scheuer-Bürsten
in allen Größen sehr preiswert
Annenstr. 11, I
Sixtiberg 8, I

Quittungsbücher
für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Herren
— die sich selbst rasieren — empfehle:
Rasier-Seife
Rasier-Pinsel
Rasier-Messer
Rasier-Apparate
Rasier-Klingen
Rasier-Spiegel
Parfümerie
Otto Stiebritz
Gotthardtstrasse 32.

Einsatz-Hemden
und
Ober-Hemden
1a. Trikot, moderne Muster
A. Henckel
Ölgrube 29.

Deutschnationale Jungmännergruppe
Freitag, den 9. 4., abends 8 Uhr,
Versammlung
im Schultheiß.

G. B. E.
Zwecks sehr wichtiger Besprechung ladet der Verein seine Mitglieder zu Donnerstag, den 8. 4., abends ½8 in den Preuß. Adler ein. Der Vorstand.

General-Versammlung des Konsumvereins Zöschen und Umg.
Eingetr. Gen. m. b. H.
Sonntag, den 18. April d. J., nachmittags 3 Uhr im Frankeschen Lokal.
Tages-Ordnung:
1. Halbjährlich. Geschäftsbericht.
2. Geschäftliches.
Der Aufsichtsrat.
L. Bartholomäus, Vorsitzender.

Nolsh.
[illegible]
[illegible]
H. Lotzmann, Luisenstraße 10.

Wer erteilt jungem Mann Unterricht in Buchführung und Schönschrift? Offert. mit Preis unt. 785 a. d. Exp. d. Bl.

Schüler und Schülerinnen, welche das Violinspielen gründlich erlernen wollen, gute konservatorische Ausbildung.
Unterricht erteilt
Otto Lamprecht, Burgstr. 9, I.

Wegen Familienfeier bleibt mein Geschäft heute Donnerstag
geschlossen.
Carl Brendel, Zigarren-Geschäft.

Anatomisches Museum auf dem Kinderplatz
ist bis einschl. Sonntag, den 11. April, täglich geöffnet von nachmittags 5 Uhr ab.
Freitag, d. 9. April ist das Museum speziell nur für Damen zu sehen.
Hervorzuheben sind alle Frauenkrankheiten.
Die Direktion.

Oberschlesier.
Sonntag, den 11. April, um 4 Uhr nachm.
Versammlung
im „Neuen Schützenhaus".
Referent: Steiger Sornick.
Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Bin verzogen nach
Burgstraße Nr. 7.
A. Haarstrich, Hebamme

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz,
sowie großes Lager **eichener und kieferner Pfostensärge**
Metall-Särge.
Sarg-Magazin von O. Scholtz Ww.
Inhaber Gebr. Scholtz
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 7,50 M.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Läuse-Plage vertilgen Sie in 1 Stunde unter Garantieschein
jede a. Flöhe, Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier m. pat. gesch. Mittel. „Ecko'da". F. Wunden unschädl. Verk. in Merseburg nur bei Fr. Freygang, Große Ritterstraße 7.

Weitere Erhöhung der Arbeitslöhne um 50 % und die Steigerung der Preise für die Zutaten zwingen uns leider zu einem abermaligen Aufschlag auf alle rückständigen Aufträge. Wir verpflichten uns unsern Kunden zur mäßigsten Preisstellung.

Andreas Bartelsen. R. Christ.
Franz Hildebrandt. Carl Krahmer.
Ernst Rulffes.

Wir bitten
alle Anzeigen nicht in den **Offerten-Briefkasten**
zu stecken, sondern am Schalter abzugeben und gleich zu bezahlen, was zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes dient. — —
Telephonische Anfragen
über Auskunfts-Anzeigen bitten wir zu unterlassen, da dadurch eine zu starke Belastung unseres Fernsprechers entsteht. — —
Auskünfte über Chiffre-Anzeigen
werden grundsätzlich nicht erteilt.
Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent.

Ein kleines Mädchen
5 Woch. alt, zu vergeb. als eigen
Müller, Kötzschen Nr. 72.

Viele vermög. Damen
wollen sich bald glückl. verheir. Herren, auch ohne Vermög., erh. sof. Ausk. d. Frau Puhlmann, Berlin, Weißenburger Straße 43.

Ehrensache!
Verwalter, 30 Jahre, wünscht die Bekanntschaft einer jungen Dame, Witwe nicht ausgeschlossen, zwecks baldiger Heirat. Werte Off unter 777 an die Exp. d. Bl.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn auch ohne Verm., erhalten sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 37.

Jung. Mann sucht **Nebenbeschäftig.** auch für ganze Tage. Ang. u. 787 an die Exped. d. Bl.

Geb. junges Mädchen
(Lyz. u. Höhere Handelssch.) m. sämtl. Kontorarbeit. vertr., sucht pass. Stellung oder Aufn. zur Erl. der Wirtschaft in Merseburg oder Umgeg. Gefl. Ang. unter 792 an die Exped. d. Bl.

---

1 Hilfsheizer
sucht das Städt. Krankenhaus.

Tücht. Arbeiter
sucht Gust. Winkler Nachf.

Jüngerer, gewissenhafter
Kaufmann,
der Ostern die Lehre verlassen hat, flotter Arbeiter, für sämtliche Büroarbeiten gesucht.
Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsangaben an
Günther Liebmann,
Markt 20.

Mädchen

die Ostern aus der Schule entlassen wurden, werden eingestellt.
C. Görling, G. m. b. H.

Geübte
Stenotypistin
zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf sowie Gehaltsansprüche sind einzureichen bei der
Allgem. Ortskrankenkasse Lützen
Nebenstelle Leunawerke.

Gewandt. Lehrmädchen
mit guter Handschrift für Schreibarbeiten sucht
Th. Groke, A.-G.

Junges Fräulein
als Lernende für mein Ladengeschäft für elektrotechnische Artikel für sofort gesucht
Günther Liebmann
Markt 20.

Junges Fräulein
als Lernende stellt ein
A. Günthers Nachf., Markt.

Waschfrau für leichte Wäsche sucht
Hallesche Straße 81.

Besseres, sauberes
Dienstmädchen,
ev. auch Anfängerin oder Aufwärterin, zum 15. April oder später gesucht. Meldung vorm. Frau Steuerinspektor Rommeiß, Weiße Mauer 16.

Ehrliches u. fleißiges **Dienstmädchen**
für Küche und Haus bei gutem Lohn per 15. April gesucht.
Roland Rudolph, Fleischerei, Eisenberg i. Thür., Lindengasse 13.

Junges, kräft. Hausmädchen
z. 1. 5. ges. Lauchstedter Str. 15.

Mädchen
welches schon in Stellung war, wird ges. Karlstr. 26 I.

Suche zum 1. Mai ein **Mädchen.**
Fr. M. Deckert, Domprobstei 1.

Für vorm. 2—3 Std. wird eine
ehrl. saub. Aufwartung
gesucht Burgstr. 3, 1 Tr.

Suche eine Aufwartung
für einige Nachmittagsstunden.
Zu erfr. Gotthardtstr. 6, Lad.

Goldener Anhänger mit 4 grünen Steinen von der Ob. Breite Str. bis zum Nulandtsplatz **verloren.** — Gegen Belohnung abzugeben bei
Kunze, Ob. Breite Str. (Laden).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0004
DFG

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 71. | Donnerstag den 8. April 1920 | 46. Jahrg.

Steuerforderungen des deutschen Bauernbundes.

Von Richard Baz-Berlin,
Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes.

Ferner fordern wir eine gerechte Steuerpolitik. Sie muß gleiche Grundlagen schaffen für den freien Konkurrenzkampf zwischen landwirtschaftlichem Kleinbetrieb und dem ausgedehnten Großgrundbesitz. **Die veraltete Bodenklasseneinteilung ist nachzuprüfen und die gleiche Bodenklasse gleich hoch zu besteuern bei Klein- und Großbetrieb.** Die bisherige Minderbelastung der landwirtschaftlichen Graßbetriebe muß fallen. Ein besonders schroffes Beispiel ist hier angeführt. Ein Großgrundbesitzer will mit einigen kleinen Ackerbürgern, deren Flächen zwischen seinem Schloß und einem ihm gehörenden Walde liegen, Land austauschen. Die Ackerbürger sind auch dazu bereit. Der hinzugezogene Feldmesser, nichts Böses ahnend, schlägt den Austausch nach der Grundsteuer vor. Beide Parteien sind einverstanden, doch nun ergibt sich die Überraschung, daß bei einem Austausch nach der Grundsteuer die Ackerbürger für einen Morgen deren vier erhalten müßten, soviel niedriger stand das Rittergut in der Grundsteuer. Natürlich unterblieb der Tausch. Keineswegs ist das ein vereinzelter Fall. Die meisten Rittergüter sind in der Grundsteuer sehr niedrig veranlagt. Da nun fast in jeder Wirtschaft im Laufe der Zeit Wald in Ackerland umgewandelt ist, Sümpfe trocken gelegt sind und auch sonst eingreifende Kulturverbesserungen fortgesetzt stattfinden, muß mindestens alle 10 bis 12 Jahre eine neue Festlegung der Grundsteuer erfolgen, wobei Verkehrsanlagen (Bahnen, Chausseen, Kanäle usw.) zu berücksichtigen wären.

Bei der Veranlagung soll ferner die Quelle des Einkommens von Einfluß sein. Hat bisher ein Rentier oder ein Bauer ein Einkommen von 3000 ℳ, so zahlt jeder 60 ℳ Einkommensteuer. Das ist falsch. Der Landwirt muß fleißig arbeiten, wenn er sich dies Einkommen sichern will, während es dem Rentier aus Zinsen mühelos in die Tasche fließt. Daher verlangen wir, daß das arbeitende Einkommen niedriger besteuert wird als das Einkommen ohne Arbeit.

Auch darf es nicht mehr vorkommen, daß Großgrundbesitzer ganz steuerfrei bleiben, während ihre Angestellten veranlagt werden. Das Rechtsgefühl wird verletzt, wenn Rittergutsbesitzer von 3—4000 Morgen 6 oder 9 ℳ Einkommensteuer zahlen, während Bauern von 120 Morgen 60 ℳ und darüber aufbringen müssen.

Der **neue Reichseinkommensteuer-Entwurf** bedeutet für mithelfende Familienangehörige eine Härte. Unter den landwirtschaftlichen Arbeitskräften spielen sowohl ihrer Zahl wie auch ihrer sozialen Stellung und wirtschaftlichen Leistungen wegen die mithelfenden Familienangehörigen eine sehr bedeutende Rolle. Die Bestimmung, daß dem elterlichen Einkommen auch solches Einkommen der im Haushalt lebenden Kinder — gleichgültig ob sie minder- oder volljährig sind — hinzuzurechnen ist, an dem die Eltern keinen Nießbrauch haben, oder das die Kinder im elterlichen Betrieb verdienen, muß in Anbetracht der scharfen Staffelung der Steuersätze nach oben hin zu großen Härten führen. Im Haushalt der Eltern lebende volljährige Kinder werden nur dann besonders veranlagt, wenn sie in einem dem Haushaltungsvorstand fremdem Betriebe Erwerb haben. Diese Bestimmung wirkt auf die gute alte, in weitesten bäuerlichen Kreisen herrschende Sitte, daß volljährige Kinder bis zur Verheiratung auf dem elterlichen Hofe mitarbeiten, geradezu als Strafe. Hat ein derartiger Landwirt mit Frau und zwei kleinen Kindern 6000 ℳ Einkommen, so zahlt er, solange er mit Gesinde wirtschaftet, 447 ℳ Steuern. Wird die Stelle der vielleicht 5000 ℳ kostenden fremden Arbeitskräfte durch die herangewachsenen Kinder eingenommen, so versteuert der Bauer 11 000 ℳ Einkommen mit 1242 ℳ, d. h. auf der Mitarbeit der beiden Kinder im Wert von 5000 ℳ ruht eine Steuerlast von 795 ℳ, während die Kinder, die außerhalb der väterlichen Wirtschaft dasselbe verdienen, nur etwa zwei Fünftel der genannten Summe oder je 155 ℳ Steuern zu entrichten hätten. — Die weittragenden Wirkungen des in dem Entwurf zur Anwendung kommenden neuen Grundsatzes, die sich sogar, wenn die Bauernkinder durch eine derartige Besteuerung zum Aufsuchen anderer Erwerbsgelegenheiten veranlaßt werden, bis in das Gebiet der Bevölkerungspolitik hinüberziehen, sind hiernach unverkennbar.

Deutschland.

Die Erweiterung der Krankenversicherung.

In der letzten Sitzung des Reichsrats wurde, wie schon kurz berichtet, der Entwurf einer Verordnung über Heraufsetzung des Grundlohnes und der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung in der Fassung des sechsten Ausschusses der Nationalversammlung angenommen. Danach wird von einer bestimmten Obergrenze bei der Festsetzung des Grundlohnes überhaupt abgesehen. Sämtliche Lohnerhöhungen sind in Betracht zu ziehen, so daß unter Umständen sich sehr hohe Grundlöhne ergeben können. Wie der Berichterstatter hervorhob, würde dies zu einer großen Belastung für die Industrie führen und auch einen nicht unbedenklichen Anreiz zur Simulation geben können. Im Ausschuß des Reichsrates wurden diese Bedenken eingehend erwogen, aber schließlich den Beschlüssen des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung zugestimmt, um den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Ebenso erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, daß (entsprechend dem Beschluß des Ausschusses der Nationalversammlung) die Versicherungsgrenze bis auf 20000 Mark erhöht wird. Es wurde nicht verkannt, daß dies für die Ärzte nicht ohne Bedenken sei. Aber die politischen Gründe überwogen. Aus „politischer Klugheit“, wie der Berichterstatter sagte, hat der Ausschuß sich mit den 20 000 ℳ einverstanden erklärt. Auch das Plenum des Reichsrates stimmte den Beschlüssen des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung zu.

Um eine milde Gabe wird gebeten.

Berlin, 6. April. (Privatmeldung.) In den Blättern der Rechten wird jetzt um milde Gaben gebeten; aber nicht etwa für die Opfer des Kapp-Putsches oder für bedürftige Kinder, um ihnen einen Sommeraufenthalt auf dem Lande zu ermöglichen. Ach nein, mit solchen Kleinigkeiten gibt man sich jetzt nicht ab. Es wird vielmehr um milde Gaben für Herrn Helfferich gebeten. In seiner Wochenübersicht über die innere Politik in der „Kreuz-Zeitung“ regt Graf Westarp eine solche Sammlung an, die Herrn Helfferich die Bezahlung der Kostenlast für seine Verurteilung ermöglichen soll. Übertroffen wird Graf Westarp, der an die Verdienste Helfferichs erinnern zu müssen glaubt, wobei freilich nicht Helfferichs Verdienste um den uneingeschränkten U-Bootkrieg gemeint sind, noch von der „Täglichen Rundschau“, die bereits die erste Gabenliste veröffentlicht. Mit der fabelhaften Summe von 1 ℳ prangt in christlicher Hilfsbereitschaft ein Pastor darauf. Drei Mark stiftete ein Schüler, doch finden sich auch edle Spender mit größeren Beträgen, so ein industrielles Werk mit 1000 ℳ. Wir werden jetzt also wohl häufiger auf solche Listen über milde Gaben für den armen früheren Bankdirektor stoßen. Das dankbare Vaterland dem Mehrer seiner Kriegsschuld!

Kapp als Mann der „Ordnung“.

Als ein Regiment „der Ordnung, der Freiheit und der Tat“ hat Dr. Kapp am 13. März in seiner ersten Kundgebung seine angebliche neue Regierung hingestellt. Wie diese Regierung der Ordnung die Ordnung gestört hat, ist am 18. März im demokratischen Verein an der Unterweser vom Vorsitzenden Cordes nach der „Nordwestdeutschen Zeitung“, wie folgt, geschildert worden: Die Arbeitsleistung nahm erfreulich zu. An der entscheidenden Stelle des Kohlenbergbaues hatten die Arbeiter bei 30 v. H. der Friedensernährung 96 v. H. der Kohlenförderung erreicht. Eine achtungswerte Leistung. Der Geldwert der deutschen Mark war gerade in letzter Zeit bedeutend gestiegen. Das Vertrauen des Auslands zu uns wuchs. In London sollten am 15. März Verhandlungen beginnen über eine Erleichterung der Schiffsablieferung. England war sogar bereit, Schiffe zurückzugeben. Das alles ist nun abgebrochen. Die Regierung Ebert—Bauer hatte im Innern die Beruhigung weitgehend erzielt und die Arbeit gemehrt; das Wirtschaftsleben begann aufzuatmen. Nach außen begann eine Entspannung sich bemerkbar zu machen. Die maßlose und unwahre Hetze von rechts störte das raschere Fortschreiten des Aufstiegs, und die Untat von Döberitz hat einen Rückschlag gebracht, der uns noch lange schmerzlich fühlbar sein wird. Hätten die Rechtsstehenden mitgearbeitet, statt zu kritteln, zu schimpfen, zu hetzen, dann könnten wir heute weiter sein. Die Folgen der deutschnationalen Gewaltherrschaft fallen denen zur Last, die sie ausführten, sie durch Verhetzung vorbereiteten und sie nicht sofort verurteilten und kräftig abschüttelten.

Reichstagswahlen am 6. Juni?

München, 7. April. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen eine Mitteilung, wonach die Reichstagswahlen am 6. Juni stattfinden sollen.

Die Unterstützung der Bautätigkeit durch das Reich.

Im Reichshaushalt, der für die ersten drei Monate des Jahres 1920 aufgestellt ist, sind 200 Millionen zur Gewährung von Darlehen bei der Schaffung neuer Wohnungen angesetzt. Die gesetzliche Unterlage für diesen Kredit bildet die Verordnung des Reichsrats vom 10. Januar d. J., durch die die Aufmunterung zum Wohnungsbau nach eigenartigen neuen Gesichtspunkten erfolgen sollte.

Während nach einer früheren Verordnung die Zuschüsse zu den Baukosten ohne Gegenverpflichtungen der Bauunternehmer hingegeben wurden, wird die Bewilligung des Baudarlehens jetzt an Bedingungen geknüpft, die das finanzielle Interesse der Bauenden mit der Unterstützung verknüpfen. Die Reichshilfe ist mithin nicht mehr als verlorener Posten zu buchen, sondern als ein allmählich zu tilgender Vorschuß. Das soll nach einem neuerlichen Plane des Reichsarbeitsministeriums in der Weise geschehen, daß die Gesamtsumme an Baukostenzuschüssen für das Jahr 1920 in Höhe von 500 Millionen Mark durch eine Mietsteuer beschafft wird. Und zwar soll die Steuer den Gemeinden auferlegt werden unter der Verpflichtung, aus den Steuererträgen mindestens 50 Mill. Mark jährlich an das Reich zur Tilgung der Baudarlehen abzuführen, so daß die gesamte Schuld in spätestens zehn Jahren getilgt sein würde.

*

— **„Konstituierung“ einer „Kommunistischen Arbeiterpartei“.** Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, hat sich am 4. und 5. April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands konstituiert, da die Zentrale des Spartakusbundes durch ihr Eintreten für Parlamentarismus, Gewerkschaften und gesetzliche Betriebsräte mehr und mehr ins reformistische Fahrwasser gelangt sei. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands stellt sich auf den Boden der Dritten Internationale.

— **Das Gesetz über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen** ist, wie amtlich mitgeteilt wird, am 30. März 1920 von der Landesversammlung verabschiedet und am 31. März 1920 mit der Veröffentlichung in der Preußischen Gesetzsammlung in Kraft getreten. Das Gesetz baut die Fürsorge für die mittelbaren Staatsbeamten, welche gemäß dem Staatsministerialbeschluß vom 26. Juli 1919 bestand, weiter aus. Es verpflichtet insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie alle sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes, ihre freien, frei werdenden oder neu zu schaffenden Stellen nach Maßgabe des Gesetzes mit mittelbaren Staatsbeamten zu besetzen, die infolge Abtretung oder Besetzung preußischer Landesteile ihr Amt verlieren oder es aufgeben, weil ihnen nach Lage der Verhältnisse die Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit unter fremder Herrschaft nicht zugemutet werden kann. Von dem Besetzungszwang ausgenommen sind die Stellen der Vorstandsbeamten, deren Besetzung durch die Vertretung der Körperschaft oder durch die Bevölkerung unmittelbar erfolgt.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 7. April. Die Kämpfe, die sich in der Nähe des Zoo abspielten, haben bedauerlicherweise auch einige Opfer unter den Tieren gefordert. Der große, besonders starke Bisonbulle ist an den Folgen einer Schußverletzung verendet, die Bisonkuh hat einen Schuß ins linke Hinterbein bekommen und auch der junge Bison scheint verletzt zu sein. Ein Sikahirsch, ein Pfau und ein Kronenkranich sind ebenfalls getötet worden. An den Folgen des ausgestandenen Schreckens sind an inneren Verletzungen ein Zebrahengst und der indische Hirsch, der Muntjak, eingegangen. Der Aussichtsturm trägt die Spuren von vielen Infanteriegeschossen.

† **Weißenfels**, 7. April. Einen geriebenen Gaunerstreich verübte vor einigen Tagen ein angeblicher Kaufmann aus Halle. Dieser hatte einem Gastwirt einen größeren Posten Zigarren verkauft und dafür 4000 ℳ Anzahlung erhalten. Dem Gastwirt händigte er einen Hinterlegungsschein aus zum Empfang der auf Bahnhof Leißling lagernden Zigarren. Bei Abgabe des Hinterlegungsscheines bemerkte er, daß es ein vollständig wertloses Paket ohne Zigarren war. In seiner Not wandte er sich telephonisch an den Kaufmann Carl Hollstein hier, der sich den Gauner genauer beschreiben ließ und die Polizei verständigte. In kurzer Zeit konnte der Gauner mit den noch in seinem Besitz befindlichen 4000 ℳ hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

h **Teuchern**, 7. April. Diebe haben fast sämtliche Kleidungsstücke der Familie Merkel, einen größeren Posten Wäsche aller Art, Fleisch und Wurst und verschiedene andere Sachen im Werte von 20—25 000 ℳ entwendet.

† **Hohenmölsen**, 7. April. Bei den Unruhen in voriger Woche in Weißenfels büßten auch fünf Arbeiter unserer kleinen Stadt ihr Leben ein. Sie wurden am Freitag unter gewaltiger Beteiligung der Bergarbeiter unseres Bezirkes beerdigt.

† **Eulau**, 7. April. Über die Kämpfe in und bei Eulau wird geschrieben: Am Montag den 22. März früh rückten 17 Mann der Reichswehr unter Führung zweier Offiziere von Naumburg nach dem benachbarten Eulau, um Waffen und Munition der Einwohnerwehr des Dorfes wieder abzunehmen. Während die Schutztruppen die Bestände wieder auf die Wagen luden, ritt eine Patrouille nach Goseck hin, wurde aber in der Nähe des Silbergrundes von Angehörigen der „Roten Armee“ mit einem Hagel von Geschossen überschüttet. Nachdem die drei Reiter in schnellem Galopp zurückgekehrt waren, erschienen 400 bis 500 gut ausgerüstete Arbeiter, besetzten die Saale bei Eulau und die Höhen und ein regelrechtes Gefecht entspann sich. Eulau wurde mit einem Kugelregen überschüttet. Die 17 Mann hielten stand und die aus Naumburg zur Hilfe herbeigeeilten Jäger zu Rade und eine Batterie Artillerie griffen in den Kampf ein, stürmten vor und schlugen die Aufrührer zurück, verfolgten diese bis Markröhlitz und darüber hinaus. Nach drei Stunden kehrten sie nach Naumburg zurück. Zwei Gosecker, die gefangen wurden, und eine Anzahl Gewehre waren die Beute des Gefechtes. Am Dienstag rückte dieselbe Schutz- und Ordnungstruppe bis nach Markröhlitz vor, wo in der vorhergehenden Nacht geraubt und geplündert worden war. In der Nähe des Luftschiffes kam es wiederum zum Kampfe. Vier Tote und vier Gefangene waren für die Kommunisten die Folge des Kampfes. Die Reichswehr verfolgte sie bis nach Roßbach und darüber hinaus und zerstreute sie.

† **Bad Sulza**, 7. April. Die an dieser Stelle gebrachte Notiz betr. Verkauf des Kurbades und des Kurhauses bezieht sich auf Bad Berka.

† **Magdeburg**, 7. April. Stadtrat Dr. Mueller, der sich bereits Ende vorigen Jahres um den Posten des 1. Beigeordneten (Bürgermeisters) in Essen beworben hatte, ist jetzt auf Grund einer anderen Bewerbung als Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien nach mehrfachen Wahlgängen zum Oberbürgermeister von Weimar gewählt worden. Die Wahl ist dort eine allgemeine und direkte. Von insgesamt 8821 abgegebenen Stimmen erhielt Dr. M. 5211 gegen 3289 und 371, die auf seine Mitbewerber, den Mehrheitssozialisten Dr. Grünspan-Danzig und den Unabhängigen Dr. Görlitz-Altona fielen. Die letztgenannte Partei hat also sehr schlecht abgeschnitten.

† **Erfurt**, 7. April. Zehn Minuten vom Rittergut Schaderode hat der Besitzer eine kostspielige Wasserpumpstation mit einem 4½ Zentner schweren, 19 pferdekräftigen Motor anlegen lassen. Als dieser Mittwoch früh in Tätigkeit gesetzt werden sollte, war er verschwunden. Von den Dieben hat man keine Spur. Der Wert des Motors beziffert sich auf etwa 60 000 ℳ.

† **Osterwieck**, 7. April. Bei der Verpachtung des Wagnerschen Ackers, auf den etwa 100 Pächter reflektierten, wurde die stattliche Summe von 670 ℳ für den Morgen als Höchstgebot abgegeben.

† **Auma**, 7. April. Im Lokalblatt findet sich folgende Anzeige: „Unterzeichnete erklären hiermit, daß sie die Einwohnerschaft Aumas

---

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

81. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er schrack zusammen.

„Ich wüßte nicht, was ich zu verzeihen hätte, mein gnädiges Fräulein“, antwortete er, widerwillig an ihrer Seite weiterreitend.

„O, das wissen Sie sehr gut, Herr Baron. Sie erhielten ja schon gestern eine Probe von Ellinors Formlosigkeit — bei Ihrem Besuch in Lemkow.“

Seine Stirn rötete sich.

„Das war nichts weiter als eine Unkenntnis unserer Verhältnisse. Fräulein von Lossow handelte nach den Formen, die sie gewöhnt ist, aber nicht formlos“, verteidigte er energisch die Abwesende.

Gitta ärgerte sich darüber.

„Es ist sehr anerkennenswert, Herr Baron, daß Sie Ellinors Partei nehmen. Man muß sie eben verbrauchen, wie sie ist. Sie hat sozusagen keine gute Kinderstube gehabt. Unter uns, Herr Baron — Ellinors Mutter war eine ganz gewöhnliche Wäscherin, die mein Onkel unbegreiflicherweise geheiratet hat.“

Lauernd beobachtete sie die Wirkung ihrer Worte. Aber sein Gesicht blieb unverändert. Kein Zug darin veränderte sich.

Baron Lindeck merkte sehr wohl, daß Gitta ihm diese Eröffnung nur machte, um ihn gegen Ellinor einzunehmen. Er dachte daran, was Heribert von Lossow ihm über Ellinors Mutter gesagt hatte, und er sah im Geiste das Bild dieser Frau wieder vor sich. Es war das Bild einer Dame gewesen, ein feines, kluges, gütiges Gesicht, viel vornehmer in Form und Ausdruck als zum Beispiel das von Gittas Mutter.

Er war empört über Gittas Gehässigkeit und er konnte nicht anders, als für Ellinor und ihre Mutter einzutreten.

„Sie sagen mir durchaus nichts Neues, mein gnädiges Fräulein. Ihr Herr Großonkel hat mir die Geschichte Ihres Onkels und seiner Gattin bereits erzählt. Von ihm weiß ich, daß diese Dame durch widrige Verhältnisse zu schwerer Arbeit gezwungen wurde — gleich Ihrem Onkel Fritz von Lossow. Aber trotzdem war sie eine sehr kluge und gebildete Dame und ein wertvoller Mensch. Von Ihrem Herrn Großonkel weiß ich auch, daß Ihr Fräulein Kusine, gleich ihrem Bruder, eine mustergültige Erziehung genossen hat. Daß sie unsere oft recht engherzigen Formen nicht kennt, liegt eben daran, daß die Amerikanerinnen freier und selbständiger erzogen werden. Um nochmals auf die Mutter von Fräulein Ellinor von Lossow zu kommen — lassen Sie sich doch einmal ein Bild dieser Dame zeigen, dann werden Sie erkennen, daß der Adel der Gesinnung ihr auf das Antlitz geschrieben war.“

Aufatmend hielt Heinz Lindeck inne.

„Ich habe Heribert von Lossow versprochen, für Fritz von Lossow und seine Familie einzutreten — und das will ich jederzeit tun,“ sagte er sich, seinen Eifer vor sich selbst entschuldigend.

Er wußte, daß er jetzt ruhig über das alles sprechen durfte.

Gitta hatte mit maßlosem Staunen und innerer Empörung zugehört.

„Sie sprechen ja von Ellinors Mutter, als hätten Sie schon ein Bild von ihr gesehen?“ sagte sie, ihren Groll kaum bezwingend.

„Das habe ich auch.“

„Aber das ist doch unmöglich,“ entgegnete sie fassungslos.

„Doch nicht, mein gnädiges Fräulein. Ihr Herr Großonkel hat mir die Photographien der ganzen Familie Ihres Onkel gezeigt.“

„Aber woher hatte denn Onkel Heribert diese Photographien?“

„Von Fritz von Lossow selbst. Er hatte sie ihm auf seinen Wunsch geschickt.“

„Davon ist uns nicht das geringste bekannt!“

„Ihr Herr Großonkel wollte vielleicht nicht davon sprechen, daß er so eifrig mit seinen amerikanischen Verwandten korrespondierte, weil doch zwischen Ihrem Herrn Vater und Ihrem Onkel eine Spannung bestand. Aus diesem Grunde wollte er damals auch nicht, daß ich darüber sprach. Ihr Herr Großonkel stand jedenfalls in einem sehr innigen Verhältnis zu seinen amerikanischen Verwandten. Das geht ja auch aus seinem Testament hervor.“

Es war Heinz Lindeck eine Genugtuung, Gitta dies alles sagen zu können.

Ihr Gesicht bekam einen unbeschreiblich gehässigen Ausdruck.

„O, das ist ja sehr interessant — außerordentlich interessant! Nun kann ich mir freilich Onkel Heriberts mehr als seltsames Testament erklären. Man hat ihn wahrscheinlich durch allerlei Schmeicheleien zu dieser Fassung veranlaßt,“ sagte sie mit zitternder Stimme.

Baron Lindeck sah Gitta mit einem sarkastischen Lächeln in das von Gehässigkeit entstellte Gesicht.

„O, Sie denken wohl da an Erbschleicherei aus der Ferne?“ meinte er ironisch.

Gitta biß sich auf die Lippen.

„Jedenfalls ist Onkel Heribert beeinflußt worden. Nun kann ich mir wenigstens erklären, warum sein Testament so günstig für die Amerikaner ausgefallen ist.“

„Sicher nur, weil er es so am richtigsten und besten hielt. Ihr Herr Großonkel war ein Mann von großer Gerechtigkeitsliebe.“

Gitta sah ihn böse an.

„Finden Sie es gerecht, daß Onkel Heribert meinen Vater vollständig umging, um seinen Bruder in dieser Weise zu bevorzugen?“

„Mein gnädiges Fräulein, darüber steht mir kein Urteil zu. Ich weiß nicht, was Ihren Herrn Großonkel bewogen hat, zu testieren, wie er es tat. Im übrigen sind wir da auf ein sehr heikles Thema geraten, über das wir lieber nicht mehr sprechen. Wir wollen von etwas anderem reden. Ist Ihr Herr Bruder schon angekommen? Ich hörte gestern, er wolle auf längere Zeit nach Hause kommen.“

Gitta zwang sich zur Ruhe. Jetzt blitzte es in ihren Gedanken auf: es war ihr lieb, daß Lindeck auf ihren Bruder zu sprechen kam.

„Botho kommt morgen. Wie wäre es, Herr Baron, wenn wir bei dem schönen Wetter fleißig Tennis spielten? Wenn Ellinor noch dazu kommt, sind wir zu Vieren. Ich habe mit meiner Kusine schon verabredet, daß wir täglich spielen wollen. Sie will später in Lemkow auch einen Tennisplatz anlegen lassen. Dürfen wir auf Ihre Beteiligung rechnen?“

Der Baron hörte aus diesen Worten nur, daß Ellinor dann in Lossow sein, daß er ihr dort begegnen würde.

„Gewiß mein gnädiges Fräulein, mit Vergnügen bin ich dabei!“

„Er denkt natürlich, sich dabei der reichen Erbin nähern zu können. Da muß ich beizeiten vorbeugen“, dachte Gitta. Und in einen leichten Plauderton verfallend, sagte sie mit schelmischem Ausdruck, der ihr allerdings schlecht gelingen wollte:

„Unter uns, Herr Baron, — es hat eine besondere Bewandtnis, daß mein Bruder jetzt auf Urlaub kommt. Mein Vater und Ellinors Vater haben beschlossen, daß aus Botho und Ellinor ein Paar werden soll. Die Beiden sollen sich zusammenfinden; wahrscheinlich findet die offizielle Verlobung statt, sobald mein Onkel aus Amerika kommt.“

Lindeck preßte die Lippen fest zusammen, als fürchte er, sich zu verraten. Wie ein Stich war es ihm durchs Herz gegangen. Botho Lossow — dieser fade, oberflächliche, unbegabte Mensch, der ein mehr als lockeres Leben führte — und Ellinor Lossow? Nein, das stimmte nicht zusammen! Diese Ellinor war ein wertvolles Ausnahmegeschöpf — klug, ehrlich, zielbewußt — dabei voll Anmut und Reinheit. Das stand plötzlich ganz klar vor ihm. Er gestand sich, daß er sie hochhielt über alle Frauen, trotzdem sie anders war, als er sein Ideal sich gedacht hatte.

Gitta beobachtete ihn scharf.

„Nun Herr Baron, Sie sind ja so schweigsam geworden?“ sagte sie scheinbar harmlos.

Er riß sich zusammen.

„Ich dachte über das nach, was Sie mir soeben mitteilten. Also Ihr Herr Bruder und Ihr Fräulein Kusine werden sich demnächst verloben?“

Gitta bezwang ihre Verlegenheit. Sie machte sich durchaus kein Gewissen über ihre Lüge. Das war einfach Notwehr — Selbsthilfe. Aber seine direkte Frage irritierte sie doch.

Sie legte die Hand auf den Mund.

„Nicht zu laut, Herr Baron! Das ist ja noch tiefstes Geheimnis. Nur Ihnen, dem langjährigen Freund unseres Hauses, teile ich das unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit mit.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0005
DFG

in gemeiner Weise geschädigt haben, indem sie die Milch mit Wasser zersetzten. Ich, Lina Triller, habe ¼ Wasser zugesetzt. Ich, Otto Förster, habe ¼ Wasser zugesetzt. Ich, Jakob Schwarz, habe es am tollsten getrieben, habe ½ Wasser zugesetzt. Wir erklären hiermit, daß dieses nie wieder geschehen soll. Triller, Förster, Schwarz."

† Koburg, 7. April. Die Bahn Koburg—Rossach wird um 7 Kilometer verlängert und an die Lokalbahn Breitengüßbach—Dietersdorf angeschlossen. Die Bahn Koburg—Rossach wird über Haulen nach Kaltebrunn führen.

† Gotha, 7. April. Wie die Brigade Rumschöttel mitteilt, sind die 15 Bewohner von Bad Thal deshalb von den Soldaten erschossen worden, weil sie sich bei Mechterstädt durch die Flucht befreien wollten. Es ist weder ein Standgericht eingesetzt noch ein Todesurteil gefällt worden.

*

Ökonomierat Wesche-Naunitz, Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen.

h. Halle, 7. April. In der 25. ordentlichen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer ist an Stelle des Grafen von der Schulenburg-Bitzenburg, der eine Wiederwahl als Mitglied in seinem Kreise abgelehnt hatte, sein Stellvertreter, Ökonomierat Gustav Wesche, Gutsbesitzer in Naunitz, einstimmig gewählt worden. Dem scheidenden Präsidenten wurde der wärmste Dank und Anerkennung für die neunjährige erfolgreiche Führung der Landwirtschaftskammer ausgesprochen. Graf von der Schulenburg wurde hierauf einstimmig zum Mitglied der Landwirtschaftskammer mit beratender Stimme gewählt. Der neugewählte Präsident, ein alter erprobter Führer der Landwirtschaft, wird in der ganzen Provinz als eine achtbare Persönlichkeit hochgeschätzt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Rittergutsbesitzer Dippe-Plotha und zum 2. Vizepräsidenten Landrat a. D. v. Bismarck-Wulfingerode gewählt.

Der Schrecken des Vogtlandes.

Plauen finanziert die Hölzsche Garde.

Plauen, 7. April. Die von dem Kommunistenhäuptling Hölz für Dienstagnachmittag im Praterſaale anberaumte Versammlung war stark besucht. Sie verlief vollkommen ruhig. Zugegen waren die Fabrikanten und die kaufmännischen Kreise, ferner Vertreter der Stadt, u. a. der Oberbürgermeister. Hölz erklärte, daß er solange für Ruhe und Ordnung sorgen könne, als er seine Rote Garde hinter sich habe. Im übrigen möge man nicht glauben, daß er nur diese paar Mann auf seiner Seite habe. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung, auch die „Stehkragenproletarier", ständen hinter ihm. Hätte er, so fuhr Hölz fort, nicht die Massen hinter sich, würde er es nicht gewagt haben, mit 50 Mann Plauen zu übernehmen.

Zu der Finanzierung der Roten Garde brauche er wöchentlich 100 000 ℳ und es wäre selbstverständlich, daß er dieses Geld zu bekommen hätte. Sache der Industriellen und der Kaufmannschaft wäre es, das Geld aufzubringen. Er halte es für zweifellos, aus diesem Grunde jede Woche von Falkenstein nach Plauen zu kommen, und er gebe gern der Anregung der Kaufmannschaft nach, einen Ausschuß zu wählen, der ständig mit ihm zu verhandeln habe. In der weiteren Verhandlung erklärte er sich wieder als „Schützer der Bedrängten". Daß Theorie und Praxis bei ihm auf einem ganz anderen Brett stehen, ergibt sich aus einer Mitteilung der unabhängigen Presse, wonach er im Laufe der Ostertage neuerdings bei einem Rittergutsbesitzer in Weischlitz 25 000 Mark „beschlagnahmt" hat. In Plauen wird also der genannte Ausschuß gebildet, an dessen Spitze der Oberbürgermeister treten wird. Hölz schloß mit den Worten, daß er bestimmt erwarte, am nächsten Montag oder Dienstag im Besitz der dritten 100 000 ℳ zu sein.

In Erwartung der kommenden Ereignisse.

Plauen, 7. April. Die Lage ist noch unverändert. Die Stimmung hat sich gegenüber den Vortagen etwas beruhigt, doch ist die Einwohnerschaft völlig von dem Gedanken beherrscht, wie sich die sächsische Regierung die weitere Entwicklung der Dinge im Vogtland überhaupt denkt.

Plauen, 7. April. Die Zahl der Anhänger des Hölz besteht aus etwa 500 Bewaffneten, die in kleineren und größeren Trupps arbeiten. Die nötigen Abwehrmaßnahmen sind im Gange. Entscheidende Beschlüsse sind für Dienstag nachmittag von Dresden aus zu erwarten.

Dresden, 7. April. Nach Erklärungen der sächsischen Regierung ist die in dem Chemnitzer Aufruf verbreitete Ansicht, daß die Belohnung von 30 000 ℳ auf die Ergreifung von Hölz zurückgezogen worden sei, falsch. In Dresden denkt man gar nicht an Verhandlungen mit Hölz, sondern „sucht" ein Mittel, ihn auf alle Fälle in die Gewalt der Regierung zu bekommen.

Merseburg und Umgegend.

7. April.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

** **Die vierte Eisenbahnklasse bleibt.** In weiten Kreisen besteht die Ansicht, daß mit der Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich am 1. April das Vierklassensystem beseitigt und das Zweiklassensystem eingeführt wird. Diese Annahme ist falsch. Zunächst bleibt das bisherige System, da vor allem in Norddeutschland die Wagen vierter Klasse sehr primitiv sind und erst entsprechend umgebaut werden müssen, um später in einer höheren Klasse Verwendung zu finden. Daß nach dem Zweiklassensystem hingearbeitet wird, ist richtig, aber bis zur Einführung hat es noch gute Wege.

** **Freigabe von Obstwein.** Von der in Liquidation befindlichen Geschäftsabteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist der Absatz von Obstweinen aller Arten ohne Festsetzung von Höchstpreisen freigegeben worden. Nur der Verkehr mit Heidelbeerwein unterliegt noch gewissen Beschränkungen.

** **Auflösung der Riemen-Freigabestelle.** Die Riemen-Freigabestelle zu Berlin wird gemäß einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers mit Ablauf des 29. Februar 1920 aufgehoben. Die Abwicklung etwa noch schwebender Angelegenheiten erledigt von diesem Tage an die Reichslederstelle.

** **Weiterbewirtschaftung der Ölfrüchte.** In der letzten Zeit ist stets nur von einer Fortsetzung der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides und der Kartoffeln die Rede gewesen. Hierdurch wurde mancherorts der irrige Eindruck erweckt, als wären andere landwirtschaftliche Produkte, namentlich die Ölfrüchte, einer Bewirtschaftung nicht mehr unterworfen. Diese Annahme trifft nicht zu; vielmehr werden die Ölfrüchte auch weiterhin von dem Reichsausschuß für Öle und Fette bewirtschaftet werden. Mit einer wesentlichen Erhöhung der bisher für die Ernte 1920 festgesetzten Preise ist mit Bestimmtheit zu rechnen. Die genauen Zahlen werden sobald wie möglich veröffentlicht werden.

** **Noch keine Wiederaufnahme des Brieftelegrammverkehrs.** Auf eine Anfrage ist dem Handelsvertragsverein vom Reichspostministerium am 2. Februar folgender Bescheid zugegangen: „Der Brieftelegrammverkehr ist seinerzeit unter der Voraussetzung eingerichtet worden, daß er in den verkehrsschwachen Stunden mit den ohnehin im Dienste befindlichen Arbeitskräften und mit den vorhandenen Betriebsmitteln abgewickelt werden kann. Diese unerläßlichen Bedingungen sind jetzt nicht gegeben und kehren voraussichtlich auch nicht so bald wieder. Die Telegraphenleitungen und die Arbeitskräfte sind gegenwärtig ununterbrochen so stark in Anspruch genommen, daß der gewöhnliche Verkehr nur unter den größten Schwierigkeiten und mit häufigen Verzögerungen bewältigt werden kann. Bei außergewöhnlichem Verkehrsandrang müssen Telegramme selbst öfters streckenweise mit der Post befördert werden, wenn Stauungen von längerer Dauer vermieden werden sollen. Unter diesen Umständen bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die baldige Wiederaufnahme des Brieftelegrammverkehrs in Aussicht zu stellen."

** **Eine bedeutende Erhöhung der Fernsprechgebühren** steht bekanntlich in Aussicht. Die Frage, ob wegen dieser Erhöhung viele Kündigungen von Fernsprechanschlüssen zu erwarten sind, läßt sich wohl allgemein dahin beantworten, daß man den Fernsprecher einfach nicht entbehren kann. So hat denn auch bisher in Berlin die drohende Verteuerung zu keiner erheblichen Aufkündigung der Anschlüsse seitens der Fernsprechteilnehmer geführt. Das gleiche ist, wie wir hören, auch in Merseburg der Fall. Übrigens ist die Erhöhung noch von den Beschlüssen der Nationalversammlung abhängig, die sich noch mit der Vorlage zu beschäftigen haben wird. Das Gesetz dürfte kaum vor dem 1. Mai in Kraft treten. Bis dahin wird es sich auch entscheiden, ob die von der Verwaltung geforderte, mit Recht vielfach bekämpfte verzinsliche Hinterlegung von 1000 ℳ durch die Fernsprechteilnehmer bei einer angeblichen Verzinsung zu 6 Prozent erfolgen muß oder nicht.

*

Der Tabaksteuer-Jammer.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß in den Kreisen der Tabakhändler sowie des tabakkaufenden Publikums die Tatsache eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat, daß nach der Angabe des Reichsfinanzministeriums das neue Tabaksteuergesetz zwar am 1. April in Kraft getreten ist, die Zollämter zum Teil aber bis jetzt noch nicht mit den notwendigen Banderolen versehen worden sind. Auch die Benachrichtigung der Gewerbetreibenden seitens der amtlichen Stellen ist eine recht mangelhafte gewesen, so daß allenthalben die größte Unklarheit über die Neuordnung der Dinge im Tabakhandel besteht. Einige Aufklärung bringt reichlich spät ein der „Tabakwirtsch. Rundschau" in Dresden zugegangenes Schreiben der Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums, das lautet:

„Laut Bekanntmachung vom 6. März 1920 (R.-G.-Bl. S. 307) tritt das Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 am 1. April 1920 in Kraft. Infolge von Verkehrsschwierigkeiten und Arbeitseinstellungen in letzter Zeit haben die Tabaksteuer-Ausführungsbestimmungen, die Nachsteuer-Ordnung, die Verordnung über weitere Ermäßigungen der Tabaksteuer vom 10. März 1920 und die Bekanntmachungen dazu nicht an dem ursprünglich hierfür in Aussicht genommenen Zeitpunkt bekanntgegeben und die Steuerstellen rechtzeitig mit Vordrucken und Steuerzeichen aller Art in vollem Umfange versehen werden können. Den hieraus entstehenden Schwierigkeiten wird in weitgehendem Maße von den Amtsstellen Rechnung getragen werden. Sie sind vom Reichsfinanzministerium in diesem Sinne angewiesen worden. Insbesondere sollen für die erste Zeit nach dem 1. April 1920 etwaige unverschuldete Verstöße milde beurteilt werden. Es soll vermieden werden, daß infolge der erwähnten Umstände Betriebe stillgelegt werden. Die erforderlichen Anschreibungen der verarbeiteten Rohstoffe und der hergestellten Erzeugnisse sollen vorläufig auch in einfacher Form geführt werden können, nachdem die Bestände am 1. April 1920 festgestellt worden sind."

Mit Recht stellt das genannte Fachblatt fest, daß durch diese Mitteilung, wenn sie einige Tage früher der Presse mitgeteilt worden wäre, viel Aufregung vermieden worden wäre.

*

Reichstreuhandgesellschaft an Stelle Reichsverwertungsamt.

Mit dem 1. April 1920 übernahm die Reichstreuhandgesellschaft, Aktiengesellschaft, Berlin, an Stelle des Reichsverwertungsamtes als Treuhänderin die Verwaltung und Verwertung aller infolge der Demobilmachung freigewordenen und noch freiwerdenden beweglichen Militär-, Marine- und sonstigen reichseigenen Güter innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, ebenso wie die Ermittelung und Feststellung solcher Güter im Auslande. Die Verwertung durch die Reichstreuhandgesellschaft erfolgt nach den vom Reichsschatzministerium vertraglich festgelegten Grundsätzen und Richtlinien. Dem Reichsschatzministerium steht in weitestem Umfange das Recht der Kontrolle der Geschäftsführung der Gesellschaft zu. Die aus der Verwertung erzielten Nettoerlöse werden laufend an das Reich abgeführt.

Die Reichstreuhandgesellschaft tritt an Stelle des Reichsverwertungsamtes in sämtliche von diesem in Ausübung seiner Verwertungsbefugnisse abgeschlossenen Verträge ein mit dem Recht und der Verpflichtung, sie im Interesse des Reichs abzuwickeln und gegebenenfalls in eigenem Namen den Umständen entsprechend abzuändern.

Alle vom Reichsverwertungsamt erteilten Vollmachten und Unterschriftsberechtigungen erlöschen mit Ablauf des 31. März 1920. Die Reichstreuhandgesellschaft erteilt neue Vollmachten.

Die Abteilungen Erfassung des Reichsverwertungsamtes gehen nicht auf die Gesellschaft über, sondern bilden selbständige Dienststellen des Reichsschatzministeriums.

Briefkasten der Schriftleitung.

O. B., M. Die Aufnahme Ihres Eingesandts, obwohl an sich berechtigt, ist vollkommen überholt. Gerade auch der von ihnen angeführte Umstand der alten Lichtanlage und alten Zähler wie auch die plötzliche erschreckende Steigerung der Zählermieten sind in der Stadtverordnetenversammlung nach allen Seiten ausführlich besprochen worden. Die Gasmesser müssen nach und nach alle durch neue ersetzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung selbst konnte sich nicht für eine Bevorzugung der alten Zähler usw. entschließen, da ihr materieller Wert dem der neuen Zähler usw. gleichsteht.

E. B. 200. Es gibt eine ganze Menge mehr oder weniger geeigneter Versicherungen, doch können im Briefkasten grundsätzlich keine speziellen Firmenempfehlungen geschehen. Wir nennen Ihnen Frankfurter Lebensversicherungs-A.-G., Stuttgarter Lebensversicherungs-Ges., Friedrich Wilhelm Preuß. Lebensversicherungs-Ges., Alte Magdeburger Lebensversicherungs-Ges., Magdeburger Wilhelma Volks- und Lebensversicherungs-Ges., Karlsruher Lebensversicherungs-Ges., Gothaer Lebensversicherung usw. Lassen Sie sich Prospekte von Agenturen hier vorlegen, aber genau lesen, ehe unterschreiben. Die Agenturen sind im Adreßbuch für Merseburg 1920 unter Abschnitt IV, Nachweis der Geschäfte, vollständig aufgeführt, event. bei uns einzusehen.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 26 — Merseburg, 7. April — 1920

152] **Ablieferung von Flachs.**

Wie die Reichswirtschaftsstelle für Flachs, Abteilung Deutsche Flachsbau-Gesellschaft, mitteilt, sind noch viele Gemeindevorsteher und flachsanbauende Landwirte mit ihren Angaben, ob der im Jahre 1919 geerntete Flachs zur Ablieferung gelangt ist oder nicht, im Rückstand. Da diese Angaben dringend nötig sind, um eine Übersicht zu erhalten, welche zugesicherten Mengen Webwaren usw. zur Ablieferung an die Landwirte bereitzustellen sind, liegt es im eigenen Interesse der flachsanbauenden Landwirte, daß die notwendigen Angaben umgehend erfolgen. Ein anderer Zweck als der oben genannte ist mit dieser Erhebung nicht verbunden. Die Ablieferung des gemeldeten Flachses kann dagegen nach gegebener Meldung bis 31. Juli d. Js. erfolgen; nur die Meldung der noch vorhandenen Vorräte hat zur Sicherung der Rücklieferungsansprüche sofort zu geschehen.

Die Herren Gemeindevorsteher werden nochmals aufgefordert, die gesammelten Karten unter Beifügung ihrer Unkostenrechnung der **Reichswirtschaftsstelle für Flachs, Abt. Deutsche Flachsbau-Ges. m. b. H., Berlin SW. 19, Krausenstraße 25/28** umgehend einzusenden.

Merseburg, den 1. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

153] **Bewirtschaftung von Gemüse und Obst.**

Weder die Reichsstelle noch die Provinzialstelle für Gemüse und Obst beabsichtigen für 1920 die Bewirtschaftung von Gemüse und Obst. Auch werden beide Stellen für 1920 weder Höchstpreise noch Richtpreise für Gemüse und Obst festzusetzen. Der Verkehr in diesen bleibt also völlig frei.

Merseburg, den 1. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

154] **Ablieferung von Hieb- und Stoßwaffen.**

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Herrn Reichskommissars und Militärbefehlshabers für die Provinz Sachsen und Anhalt vom 22. März 1920 auch **Hieb- und Stoßwaffen,** für die kein Waffenschein ausgestellt ist, abzuliefern sind. Anträge auf Ausstellung von Waffenscheinen für Hieb- und Stoßwaffen sind bis zum 10. April ds. Js. an die Ortspolizeibehörde zu richten und mir von dort mit ausführlichem Bericht bis zum 15. ds. Mts. weiterzureichen.

Merseburg, den 3. April 1920. Nr. 3146 L.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

155] **Zuteilung von Notstandsware.**

Das Reichskleiderlager 34 in Halle a/Saale hat der Firma **Otto Dobkowitz,** hier Entenplan, Muster von blauem Drell, rosa Hemdenflanell, bedrucktem Barchent und Steifleinen übersandt, die später als Notstandsware zur Verteilung gelangen sollen.

Diejenigen Kleinhändler, welche sich nach Besichtigung der Ware zum Verkauf bereit erklären, weise ich unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 1. Februar 1920 betr. Notstandsversorgung darauf hin, daß die Abholung der Ware, nachdem das Reichskleiderlager den Ankaufsschein ausgestellt hat, bei diesem erfolgen kann.

Muster von konfektionierten Waren, wie Strümpfe, Hemden, Unterhosen usw. liegen im Reichskleiderlager 34, Halle a/S. Große Ulrichstraße 54, zur Besichtigung aus.

Merseburg, den 3. April 1920.

Tgb.-Nr. 3067 L. **Der kommissarische Landrat.**
Dr. Mosle.

156] **Einwirkung des § 37 Abs. 2 des Grunderwerbssteuergesetzes auf die Vorschriften des Reichsstempelgesetzes.**

Nach § 19 der Ausführungsbestimmungen zum Grunderwerbsteuergesetz haben in den Fällen des § 37 Abs. 4 des Grunderwerbsteuergesetzes die mitteilungspflichtigen Stellen (§ 1 der Ausführungsbestimmungen) in den Anzeigen zu vermerken, inwieweit aus Anlaß des der Grunderwerbsteuer unterliegenden Rechtsvorganges Abgaben nach den bisherigen Vorschriften erhoben sind und welche Abgabenbeträge im einzelnen nach den Vorschriften des Reichsstempelgesetzes, der Landesgesetze und der Satzungen der Gemeinden (Gemeindeverbände) auf die am Steueraufkommen beteiligten Verbände (§ 32 des Gesetzes) entfallen.

Zur Beseitigung von Zweifeln über den Umfang der Einwirkung des § 37 Abs. 2 des Grunderwerbsteuergesetzes auf die Vorschriften des Reichsstempelgesetzes hat der Reichsminister der Finanzen folgende Grundsätze zur Nachachtung mitgeteilt:

Durch die Vorschrift des § 37 Abs. 2 des Grunderwerbsteuergesetzes sind nachstehende Vorschriften des Reichsstempelgesetzes mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 außer Kraft getreten:

1. §§ 84—94 (Grundstücksübertragungen);
2. § 95 (Abgabe vom gebundenen Grundbesitz);
3. § 96 (Zuschlag zur Abgabe der Tarifnummer 11);
4. Tarifnummer 1 A d Abs. 2 Ziffer 1, 3 und 4;
5. Tarifnummer 1 A e Ziffer 2 Abs. 2, jedoch mit der Einschränkung, daß die Überlassung von Rechten der unter Buchstabe 1 A d Ziffer 2 bezeichneten Art der Reichsstempelabgabe nach Tarifnummer 1 A e Ziffer 2 auch fernerhin unterliegt;
6. Tarifnummer 11 (Grundstücksübertragungen).

Die mitteilungspflichtigen Stellen haben diese Grundsätze bei der Anfertigung der Anzeigen genau zu beachten.

Merseburg, den 29. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Mosle.

157] **Polizeistunde für die Städte unter 10000 Einwohnern und das platte Land.**

Die Polizeistunde für die Städte unter 10000 Einwohnern und das platte Land ist vom Herrn Regierungspräsidenten ab 1. April 1920 auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Merseburg, den 7. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

158] **Umlage-Kommission für das aufzubringende Schlachtvieh.**

In die gemäß Ziffer 1 der Verordnung über Zwangslieferung von Schlachtvieh vom 9. August 1919 (Amtliche Bekanntmachung Nr. 132/1919) gebildete Umlage-Kommission sind vom Kreisausschuß gewählt worden:

1. als Vertreter des Großgrundbesitzes:
Rittergutspächter Beyling in Bündorf;
als dessen Stellvertreter:
Rittergutsbesitzer Schwarzburger in Burgliebenau;

2. als Vertreter des bäuerlichen Besitzes:
Gutsbesitzer Burkhardt in Ermlitz-Rübsen,
Gutsbesitzer Wegeleben in Schotterey,
Gutsbesitzer Kolbe in Zöllschen;
als deren Stellvertreter:
Gutsbesitzer Peuschel in Beuditz,
Gutsbesitzer Stöber in Schafstädt,
Gutsbesitzer Kretzschmar in Kauern;

3. als Mitglieder der Viehaufbringungs-Kommission:
Fleischer-Obermeister Mähler in Schkeuditz,
Gendarmerie-Wachtmeister Wilke IV in Merseburg,
Gendarmerie-Wachtmeister Busse in Lauchstedt.

Die Gewählten haben die Wahl angenommen.

Merseburg, den 29. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Mosle.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 71 | Donnerstag den 8. April 1920 | 46. Jahrg.

Katastrophenpolitik.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Entwickelung, die die Dinge im Ruhrgebiet genommen haben, der Presse der Rechten äußerst gelegen kommen. Nach der Auffassung dieser Herrschaften sind sie, wenn man sie nur groß genug aufmacht, ein vortreffliches Mittel, um die Aufmerksamkeit von dem Kapp-Putsch und von den Enthüllungen abzulenken, die immer wieder in neuer Form zeigen, welche zweideutige, oder man müßte schon richtiger sagen eindeutige Stellung die Parteien der Rechten zu dem Staatsstreich der Kapp und Genossen eingenommen haben. Es ist zu verstehen, daß es diesen Herren unbequem ist, wenn jetzt wieder ein Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei bekannt wird, in dem sich diese Partei ganz eindeutig hinter die sogenannte Kapp-Regierung stellt. Dieses Flugblatt, das durch den Generalstreik nicht mehr ausgedruckt werden konnte, beweist ja durchaus nichts Neues. Gerade die letzten Tage haben eine Fülle von Material erbracht, das ganz einwandfrei beweist, wie sehr weite Teile der Rechtsparteien mit diesem Staatsstreich einverstanden waren, und in welch weitgehendem Maße sie den Putschisten Beihilfe geleistet haben. Das sind Dinge, die man nicht durch ein paar Erklärungen im Parlament, durch Abgeordnete, die in ihrer Stellungnahme vorsichtiger waren, wegleugnen lassen kann. Sie sind so unbequem, daß man danach trachten muß, die Aufmerksamkeit von diesen Dingen abzulenken, und die Lage im Ruhrgebiet scheint nun das hierfür geeignete Thema zu sein.

Hinzu kommt noch, daß man hier wieder einmal so prächtig mit dem Schreckgespenst für politische Kinder, dem Bolschewismus, anreiten kann. Wer die Blätter der Rechten verfolgt, weiß, welche Mühe man sich gibt, um eine Parole zu finden, die die parteiagitatorischen Absichten nicht so klar durchschauen läßt. Nachdem das Schreckgespenst der Sozialdemokratie, das man in früheren Jahrzehnten an die Wand zu malen pflegte, absolut unwirksam geworden ist, hat man jetzt den Ersatz im Bolschewismus gefunden. Dabei ist es nicht uninteressant, daß selbst ein Blatt der äußersten Rechten, die „Kreuz-Zeitung", zugeben muß, daß die Sowjetregierung nicht eben übermäßig stark sei und daß Europa von dem russischen Bolschewismus jetzt kaum irgendeine Gefahr drohe. Das hindert die Herren natürlich nicht, immer wieder zur Bildung einer nationalen Einheitsfront gegen den Bolschewismus aufzufordern, in der Hoffnung daß einige von denen, die nie alle werden, doch noch wieder auf diesen Rummel hereinfallen. Zweifellos wissen auch die Herren der Rechten ganz genau, daß nicht alles das, was Deutschland jetzt in Aufregung versetzt, Bolschewismus ist. Wenn in Sachsen ein Bandenführer mit seinen 100 Mann eine mittlere Stadt besetzt und dort Geld erpreßt, oder wenn irgendwo in dem Industriegebiet geraubt und geplündert wird, so hat das mit Bolschewismus nichts mehr zu tun, wie es denn überhaupt außerhalb jeder Politik steht.

Die ungemein bedauerlichen Vorgänge, die Plünderungen und Erpressungen, die uns jetzt täglich der Draht aus dem Ruhrgebiet meldet, können nur als gemeine Verbrechen, nicht aber irgendwie als politische Aktionen gewertet werden. Ganz anders lagen die Dinge zuerst nach dem Kapp-Putsch. Es mag sein, daß im Ruhrgebiet Vorbereitungen für einen Umsturz von links betrieben worden sind. Sie sind aber für die jetzigen Vorgänge keinesfalls entscheidend gewesen. Entgegen aller Legendenbildung muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Bewegung im Ruhrgebiet durch den Putsch vom 13. März ausgelöst ist. Es wäre niemals den radikalen Elementen gelungen, eine so große und so einheitliche Bewegung zustande zu bringen, wenn nicht die Reaktion ihnen so hilfreiche Dienste geleistet hätte. Man darf bei den ganzen Vorgängen und bei den Kämpfen gegen die Reichswehr, die sich hier abspielten und mit einer kläglichen Niederlage der Truppen endeten, niemals vergessen, daß gerade hier mit die reaktionärsten Teile der Noskeschen Heeresmacht, es seien nur genannt das Korps Lichtschlag und das Korps Lützow, zusammengezogen waren, die sich, ohne mit der Wimper zu zucken, hinter die Putschisten stellten, und denen wohl die Aufgabe zugedacht war, dies Gebiet für die Herren Kapp und Konsorten zu erobern.

Der Verlauf der Dinge ist nun nicht unähnlich dem Verlauf der Streikbewegung in Berlin. Zunächst handelte es sich nur darum, die Verfassung wieder herzustellen und der Reaktion den Todesstoß zu versetzen. Das geht am besten daraus hervor, daß an diesen Kämpfen nicht etwa nur Mitglieder der sozialistischen Parteien, sondern auch christliche Arbeiter und Demokraten teilgenommen haben. Wie bei dem Berliner Generalstreik hat man sich denn auch hier die ja eigentlich selbstverständliche Pflicht der Verteidigung der Verfassung teuer bezahlen lassen. Das beweist das Gegenstück zu den Berliner 8 Punkten, das Bielefelder Übereinkommen. Es würde zu weit führen, hier die verschiedenen Phasen der Entwickelung im einzelnen weiter zu verfolgen. Ganz zweifellos war aber der Höhepunkt der Krise überwunden, als es gelang, mit den Führern der Bewegung ein Übereinkommen abzuschließen. Von diesem Augenblick ab bestand, wie es in der amtlichen Erklärung heißt, eine politische, den Bestand der Republik und des deutschen Volkes bedrohende Bewegung dort nicht mehr. Man wird es als höchst erfreulich bezeichnen müssen, daß es gelang, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu kommen, wenn auch dadurch am Schluß des 6. Kriegsjahres deutschen Offizieren nicht die Gelegenheit geboten wurde, Siege zu erringen.

Als sich freilich die Dinge so weiter entwickelten, daß einzelne Banden die Verwaltung der Städte lahm legten, plünderten und raubten, blieb der Regierung natürlich nichts weiter übrig, als Truppen einmarschieren zu lassen, wohlgemerkt, aber nur als Polizeiaktion. Wenn man auch hiermit gezögert hat, so ist das dadurch zu erklären, daß man an den amtlichen Stellen wohl weiß, welches Mißtrauen noch heute im Industriegebiet gegen die Reichswehr besteht. Daß mit solchen Banden schnell und energisch aufgeräumt werden muß, bedarf wohl keiner besonderen Erwägung, darüber ist man sich ja auch in den Kreisen der U. S. P. D. klar. Man kann nur hoffen, daß diese Aktion mit der nötigen Umsicht durchgeführt wird und daß alles dabei vermieden wird, was neue Beunruhigungen schaffen könnte.

Würde man freilich in der Presse der Rechten die Dinge so darstellen, so würde man zwar der Regierung die Lage erleichtern und damit für eine Beunruhigung im ganzen Lande arbeiten. Da das aber keineswegs im Interesse der Herrschaften liegt, so benutzt man lieber das durch den Kapp-Putsch entstandene Feuerchen, um sein Parteisüppchen daran zu kochen. Darum erscheint es diesen Herrschaften richtiger, dauernd die drohende bolschewistische Katastrophe an die Wand zu malen, in der Hoffnung, daß dadurch, nachdem das deutsche Volk gesehen hat, wie die Rechte mit den Hochverrätern zusammen arbeitete, doch noch einige Stimmen für die Rechte abfallen. W. A.

Der französische Kriegsbericht über die Besetzung.

Paris, 7. April. (WTB.) Ein hier veröffentlichter Bericht lautet wie folgt: Die gegen Frankfurt und Darmstadt eingeleiteten militärischen Operationen sind durchgeführt. Die daran beteiligten Truppen des 30. Armeekorps begegneten keinem Widerstand. Um 11 Uhr vormittags war die Einkreisung der beiden Städte und die Besetzung der wichtigsten Punkte an deren Peripherie vollzogen. Am Nachmittag besetzte unsere Kavallerie Hanau, das vorher von den deutschen Truppen geräumt worden war. Ein Bataillon deutscher Sicherheitswehr wurde in Frankfurt in der Kaserne überrascht und entwaffnet. — Über die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt berichtet die französische Havas-Agentur folgende Einzelheiten: Am Montagmorgen um 5,30 Uhr sind die französischen Tanks in die Stadt Frankfurt eingerückt, ihnen folgte ein Schützenbataillon und eine Kompagnie Genietruppen, die sofort die wichtigsten Punkte, den Bahnhof, die Kaserne am Bahnhof, das Polizeipräsidium, das Post- und Telegraphenamt und die Hauptzugänge der Stadt besetzten. In den Straßen herrscht absolute Ruhe, es ist nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Man rechnet mit einem alsbaldigen Wiederherstellen des normalen Zustandes. Auch in Darmstadt haben sich die beabsichtigten Operationen glatt vollzogen.

Forderungen der Arbeiter im Ruhrgebiet.

Berlin, 7. April. (WTB.) Nach „Vorwärts" und „Freiheit" haben die am Generalstreik beteiligten Arbeiter, Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteileitungen der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam folgende Forderungen an die Reichsregierung gerichtet, deren schleunige Durchführung sie für nötig halten, um der starken Erregung der Arbeitnehmerschaft entgegenzuwirken: 1. Rückzug der Reichswehrtruppen aus der neutralen Zone, wo Ortswehren nach dem Bielefelder Vereinbarungen zu bilden sind; 2. kein Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Gebiet südlich der Ruhr; 3. Bildung von Ortswehren in den weiter von der Reichswehr besetzten Gebieten und Rückzug der Reichswehr aus diesen; 4. Schutz der verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften, besonders in Wilhelmshaven und Oldenburg, Bestrafung der unzuverlässigen Offiziere, Einstellung von Munitionslieferung an Formationen wie die Brigade Ehrhardt; 5. Wehrorganisation der Sicherheitswehr in Preußen durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer.

Ein Schwindel mit tschecho-slowakischen Banknoten.

Berlin, 7. April. (T.-U.) Einen großen Schwindel mit tschecho-slowakischen Banknoten hat die hiesige Kriminalpolizei aufgedeckt und drei der Hauptbeteiligten daran festgenommen. Es handelt sich um die Fälschung der Stempel und Stempelmarken, die die tschecho-slowakische Regierung den österreichischen Banknoten beigegeben hat. Der Schaden, der deutschen Banken und Privatpersonen durch die Fälschungen erwachsen ist, geht in die Millionen.

Italien und der französische Vormarsch.

Rom, 7. April. (T.-U.) Mit dem französischen Vormarsch in Deutschland ist die italienische Presse und die Öffentlichkeit nicht einverstanden. Die führenden Organe lehnen jede Mitverantwortung der italienischen Regierung an dem französischen Vorgehen ab. Der Mailänder „Secolo" schreibt: Die Franzosen müssen bei diesem Unternehmen allein gelassen werden und auch fühlen, daß sie allein sind.

Wie verhält sich Amerika zur Besetzung?

Paris, 7. April. (WTB.) Aus Washington wird gemeldet: Der französische Botschafter Jusserand übergab am Montag die französische Note, in der die französische Regierung die Vereinigten Staaten um Meinungsäußerung zur Besetzung von Städten des rechten Rheinufers ersucht. In unterrichteten Kreisen heißt es, von der amerikanischen Regierung sei darauf bis jetzt keine Antwort gegeben worden. Es sei auch wenig wahrscheinlich, daß eine solche überhaupt erfolgen werde.

Einberufung des Völkerbundrates.

Paris, 7. April. (WTB.) Der Rat des Völkerbundes ist zum 9. April nach Paris eingerufen worden, um die Vorschläge des Obersten Rates über Armenien und den Schutz der innerhalb des türkischen Reiches befindlichen Minderheiten zu besprechen.

Die Schutzhaft der Wilhelmshavener Marineoffiziere.

Berlin, 7. April. In der Presse ist mehrfach behauptet worden, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler den Befehl an die Marinestation Wilhelmshaven erlassen habe, die dort wegen ihrer Haltung während des Kapputsches verhafteten Offiziere frei zu lassen. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr haben die wegen ihrer angeblich unzuverlässigen Haltung in Schutzhaft befindlichen Offiziere Beschwerde über die Schutzhaft beim Reichsmilitärgericht eingelegt. Das Reichsmilitärgericht hat die Beschwerde für berechtigt anerkannt. Darauf mußten auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Offiziere aus der Schutzhaft entlassen werden. Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Marineoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgeklärt werden.

Monarchistisch-militärische Verschwörung in Bayern.

München, 7. April. Die „Münchner Post" veröffentlicht in der heutigen Nummer „Dokumente der Konterrevolution", in denen sie einen Beweis für das Bestehen einer monarchistisch-militärischen Verschwörung in Bayern sieht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion Kapp an der Herbeiführung des militärischen Staatsstreiches hingearbeitet habe. Dazu teilt das Reichswehr-Gruppenkommando 4 mit, daß es der Feststellung bedarf, was an den Veröffentlichungen der „Münchner Post" richtig ist oder nicht. Als Tatsache wird jedoch nur hervorgehoben, daß die bayerische Reichswehr im entscheidenden Augenblick sich keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig machte.

Protest der Regierung gegen die Besetzung deutscher Städte.

Berlin, 6. April. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Durch die Note vom 6. d. M. hat die französische Regierung meiner Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe, sofort die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen, weil dem französischen Verlangen der Zurückziehung der unberechtigt in die neutrale Zone einmarschierten deutschen Wehrkräfte nicht entsprochen worden sei. Die französische Regierung hat hinzugefügt, daß die Besetzung ihr Ende erreichen würde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten. Noch bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Wenn trotzdem kein Blut vergossen worden ist, so ist dies der deutschen Regierung zu verdanken, die zur Vermeidung noch schwereren Unglücks den Befehl gab, dem Vormarsch keinen Widerstand zu leisten.

Die deutsche Regierund muß aber gegen das Vorgehen der französischen Armee im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit die schärfste Verwahrung einlegen.

Sie will nicht mit der französischen Regierung darüber rechten, ob eine Verletzung des Wortlauts der Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrags und seiner ergänzenden Abmachungen überhaupt vorliegt. Es kann unmöglich

die Absicht des Vertrages von Versailles

gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebiets die Ordnung, die durch Räuber- und Mörderbanden auf das schlimmste gestört worden ist, so rasch wie möglich wieder herzustellen. Eine solche Aktion ist, auch wenn sie wegen des Umfanges der Bewegung unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte ausgeführt werden muß, nichts anderes als eine polizeiliche Maßnahme. Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Gefahren leider auch jetzt noch im Auslande und insbesondere in Frankreich nicht klar erkannt werden, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch wie wirtschaftlich erneut auf das schwerste erschüttert. Wenn bei der französischen Regierung die Meinung zu herrschen scheint, daß eine solche Aktion im Ruhrgebiet überhaupt überflüssig gewesen sei, so darf demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Gründen die jetzige deutsche Regierung sich zu einer solchen Aktion entschlossen haben sollte, wenn sie sich nicht

in der bittersten Notlage

gefühlt hätte. Letzten Endes trägt sie allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen und muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klarer beurteilen kann als irgendwelche fremde Organe, die sich vielleicht durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung gebildet haben. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger gewartet hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Aufruhrbewegung im Ruhrgebiet auch ohne militärisches Eingreifen ihr Ende finden würde. Die Ereignisse haben ihr auch bisher recht gegeben. Überall dort, wo die Truppen hingelangten, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen. Wo aber in den Unruhegebieten die Truppen bisher nicht hingekommen sind, flackert die Flamme des Aufruhrs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Elberfeld-Hagener Bezirk, eine irgendwie nennenswerte Ablieferung von Waffen nur in den Orten zu bemerken gewesen, die in den Bereich der Truppen gekommen sind. Die Befürchtungen, die von alliierter Seite geäußert worden sind, daß gerade das Einrücken von Truppen die Unruhen verstärken und zur Vernichtung wichtiger gewerblicher Anlagen führen werde, haben sich bisher nicht bestätigt. Die deutsche Regierung hat nicht anders handeln können, als sie getan hat. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Aufstandsgebiet irgendwie

eine Bedrohung von Frankreich in sich schließen

könnte, ist so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Dem Weltfrieden aber wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenzen geordnete Zustände aufrechterhält. Deutscherseits darf demnach mit vollster Überzeugung der Standpunkt vertreten werden, daß eine vorsätzliche Verletzung des Friedensvertrages, die eine Verantwortlichkeit der deutschen Regierung im Sinne des Vertrages begründen könnte, überhaup[illegible]e solche Verletzung began[illegible]zösischen Regierung jetzt v[illegible]gt.

A[illegible]ngen in dem Entwurf [illegible]ngen des Waffenstillsta[illegible]n des Friedensvertrages [illegible]ahmen vorbehalten wollte[illegible]ngewiesen, daß ein derart[illegible]and nicht ver- einb[illegible]Regierungen haben darau[illegible]Jahres anerkannt, daß f[illegible] die Folgen einer etwaig[illegible]gen nur nach den allgem[illegible]wie nach dem vom Völker[illegible]ten richten sollten. Dami[illegible]en Regierung im f[illegible]nsvertrag sieht an keiner[illegible] die Nichterfüllung einer [illegible]nds ohne weiteres mit d[illegible] zu beantworten. Überd[illegible]

über [illegible]akte hinweggesetzt

die ei[illegible]rages bildet. Wenn die fr[illegible]tatsächlich als den Versu[illegible] können glaubt, sc hätte [illegible]elegenheit des ganzen A[illegible]g einer derartigen Strei[illegible]Nichtmitgliede des Bund[illegible]ndern zunächst nur im i[illegible] werden.

A[illegible]sonderem Nachdruck darau[illegible]gierung ergriffenen militä[illegible]

die [illegible]licher Beziehung

haben[illegible]Note vom 4. d. M. mitge[illegible]Hoffnung, daß die über das bisher zulässige Maß in die neutrale Zone eingerückten Truppen innerhalb weniger Tage wieder zurückgezogen werden können, dann würde nach der Erklärung der französischen Regierung die jetzt vorgenommene neue Besetzung ohne weiteres ihr Ende erreichen. Ihre Folgen wären dann aber nicht beseitigt. Es ist für jede Regierung in Deutschland unmöglich, in dem unglücklichen, von tiefen Erschütterungen immer wieder betroffenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Schritt und Tritt bei ihren Maßnahmen einem

ungerechtfertigten Mißtrauen

begegnet und sogar erneuten Drangsalen ausgesetzt bleibt und wenn das deutsche Wirtschaftsleben Störungen, wie sie die Besetzung politisch und wirtschaftlich so wichtiger Hauptplätze mit sich bringt, ausgesetzt wird. Die deutsche Regierung hatte es begrüßt, daß auch die französische Regierung gerade in letzter Zeit zur Anbahnung einer Verständigung auf wirtschaftlichem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200408-13/fragment/page=0007